

20. OKTOBER
2013

zesammen fir Lëtzebuerg

EISEN AKTIIONS
PROGRAMM

CSV

Léif Matbiergerinnen a Matbierger,

Das Land steht vor einer wichtigen Entscheidung.

Sie kennen die CSV. Wir haben in den letzten Jahren Verantwortung in der Regierung getragen, weil eine Mehrheit von Wählerinnen und Wählern uns diese Aufgabe anvertraute.

Wir sind eine Volkspartei, Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die sich mit Leidenschaft für das Land einsetzen. Wir sind die stärkste Bürgerinitiative des Landes.

Wir haben gemeinsam ein Programm für die nächsten fünf Jahre erarbeitet, das auf den Leistungen der Regierung aufbaut. Wir machen keine leeren Versprechen. Wir haben keine Wahlgeschenke zu bieten. Aber wir haben Ideen und unterbreiten Vorschläge, wie wir unser Land weiter verbessern und modernisieren können.

Manches muss sich in den kommenden Jahren ändern, damit wir ein zukunftsfähiges Land bleiben. Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir diese Kraft zur Veränderung aufbringen können.

Wir stehen für eine solide Politik. Wir denken nicht nur an das Hier und Jetzt.

Wir wollen, dass Luxemburg ein faires Land bleibt. Ein Land, das jedem Chancen bietet. Vor allem den jungen Generationen.

Gemeinsam können wir das schaffen.

Luxemburg braucht eine stabile Regierung. Mit Staatsminister Jean-Claude Juncker an der Spitze hat unser Land eine Stimme in Europa und in der Welt. Eine Stimme, auf die gehört wird. Mit Jean-Claude Juncker haben wir einen Premier, der Land und Leute versteht.

Wählen Sie am 20. Oktober ein faires und stabiles Luxemburg.

Michel Wolter

Präsident der Christlich-Sozialen Volkspartei

Zesummen fir Lëtzebuerg

EISEN AKTIOUNSPROGRAMM

Zesummen fir Lëtzebuerg

1. E Lëtzebuerg mat enger international unerkannter Roll	5
1.1. Mir brauchen Europa	5
1.2. Eng wichteg Roll och an der Welt	6
1.3. Fairness a Solidaritéit och dobaussen	7
1.4. Fridde schafen, Fridde sécheren	8
2. E Lëtzebuerg mat enger effiacer an transparenter Demokratie	9
2.1. Eng Verfassung mam Bierger fir de Bierger	9
2.2. Eng transparent Demokratie	10
2.3. Séier an transparent Weeër	11
2.4. D'Verwaltung steet am Déngscht um Bierger	13
2.5. E gutt fonctionnéierende Rechtsstaat	14
2.6. Manner a méi staark Gemengen	15
3. E Lëtzebuerg mat Zukunftschancë fir déi Jonk	19
3.1. Loscht op Léieren	19
3.2. D'Land brauch méi Leit mat Héichschoul-Diplom	21
3.3. All Jugendlechen eng Chance ginn	22
3.4. Op de Jonken hir Stëmm lauschteren	23
4. E Lëtzebuerg mat Wuesstem a méi Diversifizéierung	25
4.1. Kompetitiv duerch Innovatioun, Qualifikatioun a Produktivitéit	25
4.2. Ouni gesond Staatsfinanze geet et net	26
4.3. Aarbechtsplaze besetzen a Chômage ofbauen	28
4.4. De Betrib ass e Ganzt	29
4.5. Wuesstem duerch Diversifizéierung	30
4.6. Landwirtschaft, Wäibau an Tourismus: eis traditionell Stärkten ausbauen	32
5. E Lëtzebuerg mat enger gudder sozialer Ofsécherung	35
5.1. Haut eise Sozialsystem fir muer sécheren	35
5.2. De Patient am Mëttelpunkt	36

6. E Lëtzebuerg mat enger fairer Gesellschaft	39
6.1. All Famill ass anescht	39
6.2. Fraen a Männer: gläich Chancen, Rechter a Flichten	41
6.3. Hëllef sech selwer ze hëllef	41
6.4. Kultur verbënnt	42
6.5. Sport fir jiddereen	43
7. E Lëtzebuerg mat enger oppener Gesellschaft	45
7.1. Eng Identitéit am Wandel	45
7.2. Lëtzebuerg brauch och Net-Lëtzebuurger	46
7.3. Fir Mënscherechter, géint Diskriminéierungen	46
7.4. Reliounen si wichteg	47
8. E Lëtzebuerg mat Nohaltegkeet fir déi nächst Generatiounen	49
8.1. Séier a gutt plangen	49
8.2. Plangen iwwert d'Grenzen eraus	50
8.3. Wunnen a Liewen	50
8.4. Sech sécher a séier beweegen	52
8.5. Nohalteg plangen an d'Ëmwelt schützen	53
8.6. Méi Klimaschutz duerch besser Energiepolitik	54

1. E Lëtzebuerg mat enger international unerkannter Roll

1.1. Mir brauchen Europa

Innenpolitik und Europapolitik lassen sich für die CSV nicht trennen. In Europa fallen fast jeden Tag Entscheidungen, die uns direkt betreffen. An diesen Entscheidungen wirkt die luxemburgische Regierung mit. Sie muss Farbe bekennen, muss abstimmen, muss ihre Haltung begründen.

Europa muss besser werden. Näher an den Problemen. **Näher an den Menschen.** Wir möchten als Partei diesen Weg mitbestimmen und europäische Politik mitgestalten. Auf unsere Stimme wurde in der Vergangenheit oft gehört. Das muss so bleiben. Luxemburgische Regierungschefs – Werner, Thorn, Santer – waren immer auch Europapolitiker. Sie mussten es sein. Sie müssen es bleiben. Europapolitik gehört zur **Arbeit eines Vollzeitstaatsministers.** Im Interesse des Landes. Im Interesse Europas. Der nächste Staatsminister muss sich an zentraler Stelle in die Vorbereitungen der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahre 2015 einbringen. Es darf nach der EU-Präsidentschaft in Europa nicht heißen: gewogen und zu leicht befunden.

- Wir werden einer Erweiterung europäischer Kompetenzen dort zustimmen, wo Europa nationale Schwächen ausbremsen kann. Wir brauchen eine **Bankenunion**, um die Folgen grenzüberschreitender Bankzusammenbrüche auffangen zu können. Wir brauchen europäische Regeln zur Einlagensicherung und zur Bankenabwicklung.
- Wir werden uns für einen europaweit geltenden **Mindestsockel von Arbeitnehmerrechten**, für einen gesetzlichen Mindestlohn und ein gesetzliches Mindesteinkommen in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen.
- Wir machen uns für die **Erhaltung eines stabilen Euro** stark. Die Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern wird auch weiterhin solidarische Hilfe der besser gestellten Länder und solide Haushaltskonsolidierung der Krisenländer verlangen. Ohne Wirtschaftswachstum wird es keine Überwindung der Krise geben können. Deshalb sind wachstumsorientierte Strukturreformen in den Krisenländern unabdingbar notwendig.

- Wir sprechen uns für einen permanenten **hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurogruppe** aus.
- Wir befürworten auf mittlere Sicht die **Einführung von Eurobonds**.
- Wir sind dafür, die **Befugnisse des EU-Ratspräsidenten und des Kommissionspräsidenten in einer Hand** zusammenzuführen.
- Wir werden die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur **Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone** aktiv begleiten. Dabei gilt es, spezifische europäische Interessen zu beachten.
- Wir befürworten **gemeinsame Datenschutzregeln** in der Europäischen Union. Unsere Daten müssen sicherer werden, um dem unerlaubten Zugriff amerikanischer und anderer Geheimdienste entgegen zu können.
- Wir werden uns an den europäischen Bemühungen gegen die Willkür der Finanzmärkte beteiligen. Die **Finanzwirtschaft braucht Regeln**, die sie näher an die Realwirtschaft heranzuführen. Zügellose Spekulation, vor allem bei Grundnahrungsmitteln, wollen wir eindämmen.
- Wir werden dafür sorgen, dass die nationalen Parlamente stärker im europäischen Entscheidungsprozess eingebunden werden. Wir werden uns zudem für die **Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode** verwenden. Der Europäische Rat der Regierungschefs darf sich nicht zum Alleinherrscher emporschwingen. Mit Nachdruck werden wir die Rechte kleinerer Mitgliedstaaten verteidigen.
- Wir sind für die Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Außenpolitik. Europa wird nur dann gehört, wenn es **mit einer Stimme** spricht. Deshalb sind außenpolitische Alleingänge größerer Mitgliedstaaten zu unterlassen.
- Wir wehren uns gegen die von der britischen und anderen Regierungen angestrebte Aushöhlung der EU-Kompetenzen. Eine **Rückführung europäischer Kompetenzen** in nationalstaatliche Zuständigkeit macht dort Sinn, wo Staaten und Gemeinden die Interessen der Menschen besser gewährleisten können. Übertriebene Privatisierung und überzogene Liberalisierung entsprechen nicht unserer Idee von Europa. Aber Europa braucht **auch mehr Kompetenzen**, etwa in der Sozialpolitik.

1.2. Eng wichtig Roll och an der Welt

Außenpolitik steht in engem Zusammenhang mit dem Respekt der Menschenrechte in der ganzen Welt. Daher müssen Multilateralismus und Partnerschaften in den Vordergrund gestellt werden. Immigrationspolitik muss auch wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen. Grundrechte stehen dabei für die CSV im Mittelpunkt der Asyl- und Immigrationspolitik Luxemburgs.

Wir setzen uns in den internationalen Beziehungen Luxemburgs für die Einhaltung der Menschenrechte, den Erhalt des Rechtsstaats sowie den Aufbau von Demokratie ein. Luxemburgische Politik im Weltsicherheitsrat wird sich daran orientieren.

- Wir werden den **Kampf gegen Hunger, Armut und Klimawandel** nachhaltig, solidarisch und multilateral vorantreiben.
- Wir werden uns für den erfolgreichen Abschluss von weltweit verbindlichen **Konventionen gegen Klimawandel** einsetzen. Wir werden dabei das Uno-Programm für Umweltschutz, Biodiversität und Klimaerhaltung weiter verfolgen. Wir werden diese Ziele so schnell und so effizient wie möglich in unsere Innen- und Außenpolitik integrieren.
- Wir werden **die Freizügigkeit und die legale Einwanderung** im Rahmen der gesetzlichen Grundsätze des freien Personenverkehrs, des Asylrechts, der Immigration und des Schengener Abkommens weiter unterstützen.
- Wir werden dafür sorgen, dass legale Einwanderer sich **bei uns in Sicherheit** fühlen und ein menschenwürdiges Leben führen können.
- Wir werden einen **besseren Schutz** für Menschen, deren fundamentale Rechte verletzt wurden, anstreben.
- Wir werden weiterhin eine gerechte und **menschenwürdige Asylpolitik** betreiben.
- Wir werden administrative und gerichtliche **Entscheidungswege verkürzen** sowie die freiwillige Rückkehr ins Heimatland unterstützen, sobald sich dort die Lage entspannt hat und die Menschen wieder in normalen Bedingungen leben können.
- Wir werden weiterhin in unserer Integrationspolitik **Chancengleichheit in Bildung, Beruf und Politik** fördern. So wollen wir die Situation von Nicht-Luxemburgern und Menschen mit Migrationshintergrund verbessern.

1.3. Fairness a Solidaritéit och dobaussen

Entwicklungs- und Kooperationspolitik sind wichtige Pfeiler Luxemburger Außenpolitik. Internationale Solidaritätspolitik ist für die CSV ein wesentlicher Beitrag zu einem nachhaltigen Frieden in der Welt an.

Entwicklungspolitik benötigt eine **zielorientierte Projektplanung** und eine gut durchdachte Strategie. Hiermit bringen wir Entwicklungsländer voran. Und sorgen dafür, dass die Menschen in ihrer Heimat ein menschenwürdiges Leben führen können.

- Wir werden daher die staatliche Entwicklungs- und Kooperationspolitik bei **einem Prozent des nationalen Reichtums** belassen.

- Wir werden uns weiterhin auf eine begrenzte Zahl von Partnerländern konzentrieren, die **Beteiligung der ONGs ausbauen** und auf Hilfe zur Selbsthilfe bauen. Vor allem bei Menschenrechten, Frauenrechten, Umweltschutz, Biodiversität, Verwaltung und Demokratie.
- Wir werden auf den erzielten Fortschritten **im Bereich der Kohärenz** der nationalen Politiken und der internationalen Zusammenarbeit aufbauen und diese im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weiterhin vertiefen.

1.4. Fridde schafen, Fridde sécheren

Die Geschichte zeigt, dass wir die eigene Sicherheit nur im Verbund mit anderen garantieren können. Deshalb bekennt die CSV sich zu einem entschlossenen Multipolarismus, der dem Frieden dient und sich auf dem Boden des internationalen Rechtes bewegt. Daraus ergeben sich Pflichten für unser Land. Wir werden weiterhin unseren Beitrag zu Friedensmissionen von Uno, Nato und EU leisten.

Wir befürworten eine wirksame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese Politik steht **nicht in Konkurrenz zur Nato**. Atlantische Allianz und EU ergänzen sich. Beide Organisationen müssen enger zusammenarbeiten.

- Wir **stehen zu unseren Pflichten**, die wir im Rahmen der internationalen Bündnisse eingegangen sind.
- Wir werden den Luxemburger **Verteidigungsbeitrag** schrittweise dem Durchschnitt unserer europäischen Partner annähern.
- Wir werden die Aufgaben der **Armee diversifizieren**. Nur so bleiben wir ein verlässlicher und glaubwürdiger Verbündeter.
- Wir werden dafür sorgen, dass sich unsere Soldaten unter **bestmöglichen Bedingungen** an internationalen Einsätzen beteiligen können. Dies setzt eine optimale Organisationsstruktur der Armee voraus.
- Wir werden das **Basisgesetz von 2007** auf der Grundlage der im Bericht über den Zustand der Armee formulierten Reformvorschläge anpassen.
- Wir werden die Arbeiten am Weißbuch – einem **Strategiepapier über die mittelfristigen Orientierungen** Luxemburger Verteidigungspolitik – zügig abschließen. So wollen wir die Armee auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

2. E Lëtzebuerg mat enger effiacer an transparenter Demokratie

2.1. Eng Verfassung mam Bierger fir de Bierger

Die Verfassung formuliert die Grundprinzipien des staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens. Unsere pluralistische Demokratie braucht transparente Regeln, die Staatsorgane klare Befugnisse, der Bürger solide Grundrechte. Die CSV will eine moderne parlamentarische Demokratie und eine konstitutionelle Monarchie.

Wir wollen die aus dem 19. Jahrhundert stammende Verfassung aufgrund der Vorarbeiten von Parlament und Staatsrat in einem **größtmöglichen Konsens** den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anpassen.

- Wir werden den nationalen Symbolen, vor allem der **Luxemburger Sprache**, eine verfassungsrechtliche Basis geben.
- Wir werden die von der Verfassung garantierten **Menschenrechte ausbauen** und den internationalen Texten anpassen.
- Wir werden in diesem Zusammenhang den **Schutz der Privatsphäre** und den persönlichen Datenschutz verfassungsrechtlich verankern.
- Wir werden die **Religionsfreiheit** und deren öffentliche Ausübung in der Verfassung festschreiben und so garantieren.
- Wir werden die **Rolle des Großherzogs als Staatshof** sowie als Symbol der Einheit und Unabhängigkeit des Staates bewahren. Der Großherzog steht über den Parteien.
- Wir wollen verfassungsrechtliche **Regeln zur Parlamentsauflösung** sowie zur Einberufung vorzeitiger Wahlen festlegen.
- Wir werden die politische, zivile und strafrechtliche **Verantwortung der Minister** regeln.
- Wir werden eine **Reform der obersten Justizorgane** durchführen und diese in die Verfassung einschreiben.

- Wir sind gegen eine Verfassungsrevision ohne **breite Bürgerbeteiligung**. Im Gegenteil: Wir möchten sie stärker mit einbeziehen. Wir streben in grundlegenden Verfassungsfragen eine weitgehendste Übereinstimmung aller politischen Kräfte an. Wir werden die Details einer Verfassungs-Referendumsprozedur klären. Denn die Verfassung betrifft alle Bürger.

2.2. Eng transparent Demokratie

Das System der repräsentativen Demokratie mit im Prinzip fünfjährigem Urnengang ermöglicht der Politik, weitsichtige Entscheidungen zu fällen. Luxemburgs Stabilität wurde so abgesichert. In einer immer komplexer werdenden Welt ist es für die CSV unabdinglich, den Bürger stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden.

Wir wollen deshalb den **Dialog mit den Bürgern** ausbauen. Weitsichtige Entscheidungen setzen aber auch Vertrauen der Bürger in die Politik voraus. Der Staat muss dabei auf volle Transparenz setzen. Für das Vertrauen der Bürger in die Politik ist aber auch wesentlich, dass die Integrität der Politiker und Beamten über jeden Zweifel erhaben ist.

- Wir werden dem **Bürger mehr Mitspracherechte** geben. So werden wir die Prozedur zur Einberufung eines Referendums reformieren und das Volksbegehren in die Verfassung einschreiben.
- Wir werden den permanenten Dialog mit dem Bürger über die Gremien des Sozialdialogs hinaus fördern. Zu diesem Zweck setzen wir unter der Federführung des Staatsministeriums einen **breit aufgestellten Zukunftstisch** ein. Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen werden ihren Platz am Tisch haben. Dessen Schlussfolgerungen werden binnen Jahresfrist vorgelegt.
- Wir werden die Allianz des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 unterstützen. Auch wir wollen die **Unionsbürgerschaft in den Mittelpunkt** der politischen Agenda rücken.
- Wir werden die Weiterbildung von öffentlichen Bediensteten im Umgang mit den Bürger einführen. Wir werden zudem einen **Aktionsplan zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements** entwickeln.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Minister vor der Ausarbeitung wichtiger Gesetze und Verordnungen einen **Dialog mit den Bürgern** führen.
- Wir werden den Informationszugang der Bürger über die systematische **Veröffentlichung aller offiziellen Texte** und Entwürfe großherzoglicher Verordnungen sicherstellen.
- Wir werden das **Gesetz zum freien Zugang zu Informationen** im Lichte der vorgebrachten Kritiken überarbeiten sowie die Kommunikationspolitik und Web-Auftritte der Regierung vereinheitlichen und zugänglicher machen.

- Wir werden die vollständige Übernahme des von der vorigen Regierung erstellten **Deontologie-Kodex für Minister** zum 1. Januar 2014 sicherstellen. Wir werden zudem die im Rahmen der Gehälterreform vorgeschlagenen deontologischen Bestimmungen für Staatsbedienstete umsetzen. Ähnliche Bestimmungen für Gemeindebedienstete werden ausgearbeitet. Weitere Deontologie-Kodexe müssen für das Parlament und die Gemeindepolitik erstellt werden.
- Wir werden die **Mandate öffentlicher Entscheidungsträger**, etwa in kommerziellen Gesellschaften offen legen, um eventuelle Interessenskonflikte auszuschließen.
- Wir werden die Einsetzung einer parlamentarischen **Untersuchungskommission vereinfachen** und so die Kontrollfunktion der Abgeordnetenkammer verbessern.
- Wir werden das Datenschutzgesetz im Licht der europäischen Entwicklungen überarbeiten. Der **Schutz der Privatsphäre** im privaten und öffentlichen Bereich wird verstärkt.
- Wir werden das **Gesetz über den Geheimdienst reformieren**. Dabei werden wir die parlamentarische Kontrolle des Nachrichtendienstes ausbauen. Ein Geheimdienstbeauftragter wird eingesetzt. Eine Historikerkommission soll die Aktivitäten des Dienstes vor 2004 aufarbeiten.
- Im Einklang unserer internationalen Verpflichtungen, werden wir im Kampf gegen die **nationale und lokale Korruption** die gesetzliche Basis überprüfen und gegebenenfalls erweitern.

2.3. Séier an transparent Weeër

Wirtschaft braucht Freiheit. Die Gesellschaft braucht Sicherheit. Deshalb muss der Staat für Planungssicherheit sorgen. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat vor allem dafür sorgen, dass Dienstleistungen flächendeckend, kostengünstig und einheitlich angeboten werden. Der Staat muss der Wirtschaft auch die notwendigen Standortvorteile sichern.

- Wir werden die **administrative Entfesselung** konsequent weiterführen, ohne aber die in einem demokratischen Staat notwendige Transparenz in den Entscheidungsprozeduren zu untergraben.
- Wir werden die politischen und administrativen **Genehmigungs- und Entscheidungsprozeduren** weiter harmonisieren und beschleunigen.
- Wir werden einen **Anker-Minister** einsetzen, der bei geteilten Zuständigkeiten die Entscheidungsprozeduren koordinieren und möglichst zu einer einheitlichen Entscheidung bringen soll.
- Wir werden dem **Staatsminister eine Schiedsrichterfunktion** im Fall eines Konfliktes zwischen Ministern geben.

- Wir werden bei der Umsetzung von EU-Richtlinien **keine unzumutbaren zusätzlichen wirtschaftlichen Hürden** aufbauen. Für uns gilt „toute la directive, rien que la directive“. Bestehende sozialpolitische Bestimmungen werden wir nicht abschaffen.
- Wir werden die Regel „**Schweigen der Verwaltung bedeutet Genehmigung**“ prinzipiell im Rahmen des e-Government einführen.
- Wir werden bei Betriebsgenehmigungen allgemeingültige **Normen im Voraus** festlegen. Aufbauend etwa auf den deutschen Bestimmungen, wollen wir Investoren Planungssicherheit geben. Auch provisorische und bedingte Genehmigungen können wir so anbieten.
- Wir werden die **Baugenehmigung von der Betriebsgenehmigung trennen**. Unter der Bedingung, dass dem Staat Garantien vom Antragsteller geboten werden und dieser bei einer berechtigten Betriebsgenehmigungs-Verweigerung die öffentliche Hand nicht auf Schadensersatz verklagen kann.
- Wir werden die umwelt- und naturpolitischen **Kompensierungen vereinfachen**.
- Wir werden die **Administrative Vereinfachung** und das e-Government verbunden mit der Politik des Guichet unique weitertreiben.

Zahlreiche Entscheidungen fallen in den **Gemeinden** oder bedingen deren prozedurale Einbindung. Um Planungssicherheit garantieren zu können, müssen auch hier die Prozeduren schneller werden.

- Wir werden **nationale und kommunale Zuständigkeiten** besser trennen.
- Wir werden die **Distriktkommissariate** in ihrer aktuellen Form abschaffen und deren Zuständigkeiten in einer Verwaltungsstruktur im Innenministerium zusammenfassen. Gemeinsam mit der angestrebten Reform der Gemeindeaufsicht, werden so Verwaltungswege verkürzt und Entscheidungsprozesse beschleunigt.
- Wir werden im Zuge einer Territorialreform die **Unvereinbarkeit von Abgeordneten- und Bürgermeistermandat** beschließen. Das Statut des Bürgermeisters wird gestärkt, wenn sich die Anzahl der Gemeinden durch Fusionen reduziert.
- Wir wollen eine **Chambre des élus locaux** schaffen.
- Wir werden bei Gutachten zur strategischen Umweltprüfung (SUP) sowie bei Gemeindeverordnungen den betroffenen Gemeinden binnen einer **Frist von drei Monaten** eine Stellungnahme des zuständigen Ministers zustellen. Bei Nichteinhaltung dieser Frist kann die Gemeinde frei entscheiden.
- Wir werden das „**principe du contradictoire**“ und auch die „**consultation préalable**“ verstärkt anwenden. Kommunale Entscheidungen werden so schneller und effizienter umgesetzt.

- Wir werden den elektronischen Briefverkehr, den **digitalen Informationsaustausch** sowie die digitalen Aktenablage zwischen Gemeinden und Verwaltungen anerkennen.
- Wir werden bestehende **Bürgerbeteiligungen** nicht abschaffen, sondern straffen und zusammenlegen.

2.4. D'Verwaltung steet am Déngscht vum Bierger

Der öffentliche Dienst ist Dreh- und Angelpunkt des Staates. Die CSV bekennt sich zum Statut des öffentlichen Dienstes. Dieser ist aber kein Selbstzweck. Vielmehr sollen Neutralität und Effizienz abgesichert werden. Der öffentliche Dienst ist für alle Bürger da. Deshalb muss in allen Bereichen ein qualitätsvoller und einfach zugänglicher Bürgerservice angeboten werden.

Im Dialog mit der national repräsentativen Beamtengewerkschaft haben wir eine grundlegende **Reform des öffentlichen Dienstes** ausgearbeitet und dem Parlament vorgelegt. Mit dieser zukunftsweisenden Reform wollen wir Verwaltungsstrukturen modernisieren, ein transparentes Bewertungssystem einführen, die Gehälterstruktur vereinfachen, Aufstiegsmöglichkeiten angleichen, Bachelor–Laufbahnen einführen, Life-Long-Learning anerkennen, Arbeitsziele festlegen, die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltungen verbessern, die Stagezeit reformieren, die diesbezügliche Ausbildung optimieren sowie Anfangsentschädigungen herabsetzen.

- Wir werden einen **Deontologie-Kodex** für alle Staatsbeamten und -angestellten einführen. So beugen wir Interessenkonflikten vor.
- Wir werden die Besonderheiten der öffentlichen Sektoren weitestgehend berücksichtigen. Diese Reform wird die **Qualität des öffentlichen Dienstes** verbessern.
- Wir **stehen zu dieser Reform und dem Gehälterabkommen**. Wir werden das gebündelte Maßnahmen-Paket ohne Abstriche in der Sache und im abgemachten Zeitplan verwirklichen. Wir werden die Verwaltungsreform regelmäßig bewerten. Am Ende der Legislaturperiode ziehen wir Bilanz.
- Wir werden weiterhin mit der national repräsentativen Gewerkschaft Gehälterverhandlungen führen. Für die kommende Legislaturperiode kann die **Gehälterpolitik nur moderat** sein. Sie muss der Haushaltslage und der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Das mit der CGFP vereinbarte Gehälterabkommen schließt sich an eine fast beispiellose fünfjährige Nullrunde an. Zusammen mit der Gehälterreform gewährleistet es budgetäre Neutralität.
- Wir werden eine **Analyse der einzelnen Berufe** im öffentlichen Dienst in Auftrag geben. Wir wollen dabei nicht nur Karriere und Funktion untersuchen. Auch Arbeitssituationen werden wir präzise beschreiben. Die daraus folgende zielgerichtete und kompetenzorientierte Einstellungspraxis wird zu einer weiteren Verbesserung des öffentlichen Dienstes beitragen.

- Wir werden **Lebensarbeitszeitkonten einführen**. Die entsprechende Gesetzesvorlage wird umgesetzt. Auch die staatlichen Prämien werden wir unter die Lupe nehmen. Bestehende Ungereimtheiten werden ausgemerzt. Eine interne Audit-Funktion wird eingeführt. So werden wir die Verwaltungsarbeit effizienter gestalten.
- Wir werden den **Austausch zwischen Bürger und Staat** vorrangig fördern. So werden wir die Verwaltung weiter modernisieren. Sämtliche Verwaltungsvorgänge sollen schnell und leicht zugänglich werden. Das geschaffene Portal „guichet.lu“ ist eine Schlüsseletappe der „e-Government“-Strategie. Auf diesem Erfolgsmodell werden wir weiter aufbauen.

2.5. E gutt funktionierende Rechtsstaat

Gerechtigkeit erfordert einen funktionierenden Rechtsstaat. Dies setzt sowohl ein angemessenes gesetzliches Regelwerk als auch eine unabhängige Justiz voraus. Für die CSV ist es dabei wesentlich, die Justiz für die Bürger verständlicher und zugänglicher zu machen. Eine optimale Justizverwaltung ist im Interesse des Staates und seiner Bürger.

- Wir haben in den vergangenen Jahren **wichtige Reformvorhaben** ausgearbeitet, die auf dem Instanzenweg sind. Etwa die Reform des **Nationalitätengesetzes** zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit starker Integrationsförderung. Oder die Reform des Ehegesetzes, inklusive **Homoehe** und der Adoption im Lichte internationaler Rechtsprechung. Ferner die Reform des Abstammungsrechtes mit dem Ziel der rechtlichen **Gleichstellung aller Kinder** und dem Recht der Adoptivkinder, ihre biologischen Eltern ausfindig machen zu können.
- Weitere **Modernisierungen** sind das Umsetzen der Reform des **Scheidungsrechts** mit Anlehnungen an belgische und französische Gesetze, das **gemeinsame Sorgerecht** für Eltern, die **Gefängnis-Reform** mit Bevorzugung der Wiedereingliederung der Häftlinge sowie Alternativen zum Freiheitsentzug wie die elektronische Fußfessel. Zudem werden wir den Strafvollzug mit der Einführung einer zuständigen Gerichtsbarkeit reformieren. Weitere Reformen betreffen das Konkursrecht. So wollen wir **Konkurse vermeiden**, Probleme früher erkennen, Unternehmern eine „zweite“ Chance geben und betrügerische Konkurse besser bekämpfen. Wir werden zudem den **Arbeitnehmerrechten** im Konkursrecht verstärkt Rechnung tragen. Etwa durch administrative Vereinfachung und Beschleunigung der Prozeduren.
- Wir werden an den Prinzipien dieser **Reformvorhaben festhalten**.
- Wir werden das Betreuungsrecht mit der UN-Behindertenrechtskonvention in Einklang bringen. Ziel ist eine Verbesserung des Betreuungsrechts, das individuellen Bedürfnissen Rechnung trägt. Die zusätzliche Einführung und gesetzliche **Verankerung einer Betreuungsverfügung** im Sinne einer persönlichen, selbstbestimmten Vorsorge wird die Entscheidungsfähigkeiten der betroffenen Menschen und Familien stärken. Auch der Aufenthalt von unter Betreuung stehenden Personen in Pflegeeinrichtungen wird so geregelt.

- Wir werden den **Familienrichter** einführen. Dieser wird in Zukunft über Unterhalt und Sorgerecht auch außerhalb von Scheidungsverfahren entscheiden.
- Wir werden das **Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung entschlacken**, verschiedene Straftatbestände in Ordnungswidrigkeiten umwandeln, den Zugang zu einem Anwalt verbessern, die Prozeduren der Strafjustiz beschleunigen, die Verfahren verkürzen und deren Zahl verringern.
- Wir werden mittels moderner Elektronik **Verfahren vereinfachen und verkürzen**.
- Wir werden die Grundausbildung der Kriminalpolizei („police judiciaire“) verbessern. Sie wird bei der **Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität** personell aufgestockt. Ihre Organisationsstruktur wird optimiert. Sie bleibt jedoch innerhalb der Polizeistruktur.
- Wir werden die **Rechtshilfe** den neuen Rahmenbedingungen anpassen.
- Wir werden eine **Gesellschaftsform ohne Gewinnzweck** schaffen. Die Gesetzgebung über Stiftungen und Vereinigungen ohne Gewinnzweck wird vereinfacht.
- Wir werden im Dialog zwischen Exekutive, Legislative und Judikative die **Unabhängigkeit der Justiz** weiter festigen. Reformen betreffend neu in der Verfassung zu verankernder Justizinstitutionen werden wir umsetzen. Dabei werden wir die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft von der Exekutive stärken.
- Wir setzen uns für die Schaffung eines **europäischen Staatsanwaltes** ein. Mit Sitz in Luxemburg.

2.6. Manner a méi staark Gemengen

Im Sinne der Subsidiarität hat sich die CSV stets für Gemeindeautonomie eingesetzt. Bürgernähe ist dabei eine wesentliche Voraussetzung für ein harmonisches Zusammenleben. Autonomie bedeutet aber auch Verantwortung. Die nationale Solidarität verlangt, dass die Bürger gleichbehandelt werden. Egal, in welcher Gemeinde sie wohnen. Deshalb brauchen wir weniger, aber stärkere Gemeinden. Deshalb werden wir nationale Rahmenbedingungen schaffen, um eine gleiche Behandlung aller Bürger zu ermöglichen.

- Wir werden die **Gemeindeautonomie** und die **Rechte der Bürger** stärken. Durch eine Reform des Referendums auf Gemeindeebene wird die direkte Beteiligung der Wähler ausgebaut.
- Wir werden die territoriale Neuordnung weiterführen. Durch **weitere Fusionen** werden stärkere, autonomere und effizientere Gemeinden geschaffen. Wir werden im Jahr **2017 ein nationales Referendum** über die territoriale Neuordnung abhalten.
- Wir werden die angekündigte und auf dem Gleichheitsprinzip aufbauende **Reform der Gemeindefinanzen** weiterführen. Mit dem Ziel einer größeren Transparenz und Gerechtigkeit für alle Bürger.

- Wir werden die **staatliche Beihilfenpolitik** transparenter und regional ausgewogener gestalten.
- Wir werden die **Gemeindeaufsicht reformieren**. Die Gemeindeautonomie wollen wir so stärken. Staatliche Kontrollmechanismen werden vereinfacht. Insbesondere mittels neuer Kommunikationstechnologien.
- Wir werden das **Wasser nicht privatisieren**. Als Allgemeingut bleibt es in öffentlicher Hand. Wasserversorgung bleibt Gemeindekompetenz. Eine hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss landesweit gesichert werden.
- Wir werden im Sinne der nationalen Solidarität und der sozialen Verantwortung für die **notwendigen Angleichungen** sorgen. Wir werden unzulängliche Unterschiede zwischen Gemeinden und Bürgern vermeiden.
- Wir werden den von der Regierung vorgeschlagenen **harmonisierten Wasserpreis** weiter fördern. Längerfristig streben wir einen einheitlichen Wasserpreis an. Die Einführung eines sozial gestaffelten Wasserpreises wird mit der Europäischen Kommission ausgelotet.
- Wir werden den Bewirtschaftungsplan zur **Verbesserung des guten Zustands der Gewässer** überarbeiten. Dies unter Einbezug aller Akteure und der Gemeinden. Die Maßnahmen in punkto Renaturierung, Landwirtschaft und Abwasserwirtschaft werden umgesetzt.
- Wir werden bis Ende 2015 alle **Trinkwasserschutzzonen ausweisen**. Die Hochwassergefahren- und -risikokarten werden fertiggestellt. Ein Risikomanagementplan wird bis 2015 erstellt.
- Wir werden den Bürgern in allen Teilen des Landes ein Recht auf eine schnelle und kompetente Hilfe im Notfall bieten. Die vorgeschlagene **Reform des Rettungswesens** wird umgesetzt. In einer nationalen Struktur werden alle Einheiten von Zivilschutz und lokaler Feuerwehr zusammengefasst. Sie werden von Staat und Gemeinden gemeinsam geführt und finanziert.
- Wir werden die **Professionalisierung der Rettungsdienste** vorantreiben. Nur so kann eine 24-stündige Verfügbarkeit garantiert werden.
- Wir werden gleichzeitig das **Ehrenamt weiter fördern**. Die freiwilligen Helfer sollen moralisch und materiell anerkannt werden. Auch in Zukunft bleibt das Ehrenamt das Rückgrat unserer Hilfsdienste. Durch die Schaffung eines nationalen Ausbildungsinstituts, die Einstellung hauptberuflicher Ausbilder und die Aufwertung der Entschädigungen für ehrenamtliche Ausbilder wird die Ausbildung der Mitglieder der Rettungsdienste weiter verbessert. Die technischen Kommunikationsmittel sowie das Alarm- und Einsatzmanagement werden kontinuierlich erneuert.
- Wir werden weiterhin die **Polizei vor allem als bürgernahe Institution** ansehen. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und deren Bürger zwecks Erstellung von lokalen Sicherheitsplänen wird weiter ausgebaut. **Sicherheit ist ein Bürgerrecht**. Regierung, Gemeinden

und die Polizei dürfen ihre Verantwortung nicht auf private Sicherheitsfirmen abwälzen. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei verstärkt auf der Straße und bei den Bürgern ihrer Pflicht nachkommen kann. Auch werden wir den Platzverweis einführen, den es den Behörden erlaubt, zur Abwehr einer Gefahr, jede Person vorübergehend von einem Ort zu verweisen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes zu verbieten.

- Wir werden die **Polizeischule neu aufstellen**. Unser Leitbild ist dabei die Ausbildung des Bürgers in Uniform. Die Polizeieffektive werden erhöht, die Strafbestimmungen über Hangreiflichkeiten gegenüber Polizisten verschärft.
- Wir werden die von der vorigen Regierung erarbeiteten Reformvorschläge über die Umsetzung der Gehälterreform bei der Polizei und über die **Reform der Polizei** parallel weitertreiben. Unabhängigkeit und Stärkung der „Inspection générale de la Police“ sind dabei unabdingbar.
- Wir werden den **Gemeindeagenten** ein neues Statut geben. Sie sollen für Ordnungswidrigkeiten, bei denen administrative Strafen verhängt werden, zuständig sein. Die Polizei muss von diesen Aufgaben befreit werden, um sich prioritär auf die Sicherheitsbelange konzentrieren zu können.

3. E Lëtzebuerg mat Zukunftschancë fir déi Jonk

3.1. Loscht op Léieren

Schule ist für die CSV die nachhaltige Ausbildung des Menschen als ganzheitliche Person und kritischer Bürger, gerüstet für die Arbeitswelt. Ausbildung ist die Vermittlung von Werten und Tugenden, Wissen und Kompetenzen. Zentrum der Zukunftswerkstatt Schule ist das heranwachsende Kind. Gleichzeitig ist Schule auch Fairness-Werkstatt, die jedem Jugendlichen gleichwertige Chancen ermöglicht. Schließlich ist Schule auch farbiges Spiegelbild einer sich rasant entwickelnden Nation der Vielfalt. Bildung ist dabei unser wichtigster Rohstoff.

Wir haben in den vergangenen Jahren **entscheidende Reformprojekte** und wichtige Infrastrukturinvestitionen mit auf den Weg gebracht. Die **Grundschule** wurde wegweisend reformiert. Darauf kann die vorliegende **Sekundarreform** aufbauen. Zudem wurden die **Berufsausbildung** und auch die **Lehrmethoden** erneuert. In eine flächendeckende **Schullandschaft** wurde massiv investiert.

- Wir werden diese Zukunftsreformen weiterentwickeln, die Lehrpläne straffen und an die Erfordernisse und Erkenntnisse der Reformen anpassen. Nicht die Menge, sondern die **Qualität des Lernens** werden wir verbessern. Wichtig ist uns dabei, Leistung in den Vordergrund zu setzen und zu fördern. Hinzu kommt der Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrern, Schulpersonal und Berufsvertretern. Entscheiden wird am Ende das Parlament.
- Wir werden die dem Parlament vorliegende **Reform des Sekundarunterrichts** in die Praxis umsetzen.
- Wir werden die **Berufsausbildung weiter fördern**. Wir wollen Brücken zwischen sogenannten intellektuellen und manuellen Berufen bauen.
- Wir werden uns für möglichst autonome Schulen einsetzen. In der Grundschule werden die Schulpräsidenten schrittweise durch **Schuldirektoren** ersetzt.

- Wir werden weiter in freundliche und **funktionale Schulinfrastrukturen** investieren mit Blickpunkt auch auf die neuen Technologien. Wir werden Ganztagschulen als mögliches Angebot im Sekundarunterricht weiter fördern. Gleiches gilt für Betreuungsstrukturen.
- Wir werden das **Sonderschulwesen (Ediff) weiter stärken**. Die Inklusionspädagogik, die Pädagogik des Miteinanders wird an der Grundschule vor Ort weiter gefördert und verankert. Sonderschulische Einrichtungen werden gestärkt und anpassungsfähiger gestaltet. Wir werden zudem Schulmodelle für Schüler mit Lern- oder Verhaltensauffälligkeiten anbieten.
- Wir werden die **Weiterbildung ausbauen**. Luxemburg soll so zu einer Wissens- und Kompetenzgesellschaft werden.
- Wir werden Privatschulen und internationale Schulen weiter unterstützen. Sie tragen zur **Vielfalt der Schullandschaft** bei und fördern die gesellschaftliche Kohäsion. Wir werden dabei auch Bedarf und Möglichkeit einer Hochbegabtenförderung analysieren.
- Wir werden – nach Verabschiedung der aktuellen Reformen – keine weitere strukturelle Schulreform mittragen. Die Schulgemeinschaft braucht **politische Stabilität und Ruhe**. Grund- und Sekundarschule müssen eine Schule aus einem Guss werden.
- Wir werden für ein möglichst dem jeweiligen Schüler **angepasstes Schulangebot** sorgen. Deshalb werden wir die Lehrer-Schüler-Beziehung mittels einer individuellen Bezugsperson stärken. Kinder und Jugendliche sollen Verantwortung übernehmen, um eigene Konflikte zu lösen und somit der steigenden Gewalt in Schulen vorzubeugen.
- Wir werden auf den **Stärken der Schüler aufbauen**. Die Orientierung der Schüler wird durch eine bessere Profilerstellung zielführender gestaltet. Den CPOS (Centre de psychologie et d'orientation scolaires) und die SPOS (Service psychologique d'orientation scolaire) werden wir reformieren.
- Wir werden die „Maison de l'orientation“ gesetzlich festschreiben. Die **schulische und berufliche Beratung** von Jugendlichen und Erwachsenen wird verstärkt regionalisiert.
- Wir werden das Schulangebot an die Wirklichkeit anpassen. Deshalb schaffen wir die **Möglichkeit einer Alphabetisierung auf Französisch oder einer zweisprachigen Alphabetisierung**. Die englische Sprache erhält eine größere Programmgewichtung innerhalb der Mehrsprachigkeit.
- Wir werden Mädchen und Jungen weiter gezielt für **geschlechteruntypische Berufe** sensibilisieren.
- Wir werden weiter **hochwertige Spezialisierungen** im Dialog von Fachwissen, fächerübergreifenden Lernkompetenzen und sozialer Kompetenz aufbauen.
- Wir werden Lehrer, Eltern und Schüler durch eine **Vereinfachung der Kompetenzbewertung** entlasten. Schüler mit erhöhtem Schulabbruchrisiko werden frühzeitig ermittelt und Förderangebote bereitgestellt.

- Wir setzen auf die Lust am Lehren und am Lernen der Lehrer. In einer **Wissensgesellschaft** sind **Lehrer Zukunftsgestalter**. Gerade deshalb sind Weiterbildung – etwa in Zusammenarbeit mit der Uni.lu – sowie eine objektive und gerechte Bewertung wichtig. Wir werden die Lehrerausbildung einem Monitoring unterziehen und überarbeiten. Praxis und Theorie müssen stärker verknüpft werden.
- Wir wollen die **Schule weiter öffnen**. Denn sie ist Teil der nationalen, regionalen und dörflichen, aber auch der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft. Schulen müssen in enger Verzahnung mit anderen Strukturen wieder zu Zentren des Lebens werden.

3.2. D’Land brauch méi Leit mat Héichschoul-Diplom

Mehr als die Hälfte aller neu geschaffenen Arbeitsplätze in Luxemburg setzen einen Hochschulabschluss voraus. Viele neue Arbeitsplätze können derzeit nur durch Grenzgänger oder zusätzliche Immigranten besetzt werden. Im Interesse unseres Landes will die CSV deshalb mehr Luxemburger zu einem Hochschulabschluss bringen.

Die internationale Mobilität der Luxemburger Studenten war immer im Interesse einer aufgeschlossenen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Deshalb fördern wir auch nach der Schaffung einer Universität die Mobilität der Studenten. Das Prinzip der **Eigenständigkeit der Studenten** steht für uns im Vordergrund. Zudem wollen wir das europäische Recht achten und die öffentlichen Finanzen nicht zusätzlich belasten.

- Wir werden, neben einem Basisstipendium, die **internationale Mobilität**, die Studiengebühren sowie eventuelle soziale Härtefälle zu Hauptkriterien des Berechnungsmodus machen. Exzellenzstipendien werden herausragende Leistungen während des Studiums zusätzlich unterstützen.
- Wir werden die **Uni.lu weiter aufbauen**. Diese hat sich zu einer Universität mit internationalem Ruf entwickelt. Zukunftsträchtige Initiativen in Forschung und Lehre werden gezielt gefördert: Berufsgruppen im Finanzsektor, Naturwissenschaften und Mathematik sowie das Zentrum für lebenslanges Lernen.
- Wir werden die Reform der Uni.lu zügig abschließen. Mit Blick auf erweiterte pädagogische Autonomie und mehr Mitbestimmung der Studierenden. Wir werden ein **eigenes Studentenstatut** schaffen, das soziale Sicherheit stärkt, arbeitsrechtliche Bedingungen lockert, Praktika erleichtert und den ermäßigten Zugang zum öffentlichen Transport, zu Kultur und Sport erlaubt.
- Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur **Anerkennung von Diplomen** und Berufsqualifikationen effizienter gestalten und administrativ vereinfachen. Wir werden Privatpersonen unterstützen, Studentenwohnungen anzubieten (z. B. Projekt „babuschka“). BTS-Angebote, die einen guten Zugang zum Arbeitsmarkt bieten, werden ausgebaut.

- Wir wollen eine **breitere Wissenschaftskultur**, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, fördern.

3.3. All Jugendliche eng Chance ginn

Besonders die unqualifizierten Jugendlichen sind in erhöhtem Maße dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Hieraus ergibt sich für die Betroffenen eine nicht hinnehmbare Perspektivlosigkeit. Die ganze Lebensplanung der Jugendlichen kann aus der Bahn geraten. Dem wird die CSV Einhalt bieten. Sie setzt dabei vorrangig auf die Eigenverantwortung des Jugendlichen. Sie wird im Gegenzug den nötigen Rahmen schaffen, damit die Eigeninitiative des Jugendlichen sich entfalten kann.

- Wir werden das Angebot der **Schule der zweiten Chance analysieren** und gegebenenfalls ausbauen. Der Hauptakzent muss auf die berufliche Qualifikation gelegt werden. Auch den „apprentissage pour adultes“ werden wir systematisch einer Beschäftigungsmaßnahme vorziehen.
- Wir werden allen Jugendlichen ohne Arbeits- oder Lehrvertrag bis zum Alter von 18 Jahren ein **Recht auf Schule** garantieren.
- Wir werden einen von den Arbeitgeberverbänden anerkannten **Job-Pass einführen**. Dieser wird alle bestehenden Instrumente vereinheitlichen. Gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden werden wir das duale System der Berufsausbildung verbessern und erweitern. Auch Schulabbrecher sollen so eine Qualifikation erhalten.
- Wir werden den formalen Ausbildungsanteil sämtlicher Beschäftigungsmaßnahmen substanzial erhöhen. Wir werden **Kredite zur Verfügung** stellen, damit der Staat seiner Rolle als Ausbildungsbetrieb (duales System) gerecht werden kann.
- Wir wollen jedem arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von spätestens vier Monaten **eine offene Stelle**, eine Ausbildung oder eine Beschäftigungsmaßnahme anbieten. Arbeitslose Jugendliche werden frühzeitiger „aktiviert“. Der „plan d’action en faveur des jeunes“ wird ambitionierter gestaltet. Die „Agence pour le développement de l’emploi“ wird in punkto Arbeitsvermittlung gestärkt.
- Wir werden die **Zumutbarkeitsklauseln verschärfen**. Jeder unqualifizierte Jugendliche muss jede ihm angebotene Arbeit annehmen.

Viele Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche wurden im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ins Leben gerufen. Die Zeit ist gekommen, dieses unübersichtliche **Überangebot zu rationalisieren**.

- Wir werden die **Beschäftigungsmaßnahmen** „Contrat d’initiation-emploi“ (CIE) und „Contrat d’appui-emploi“ (CAE) einer laufenden qualitativen Analyse unterziehen. Mit der Wirtschaft werden wir dabei enger zusammenarbeiten.

- Wir werden die **Gesetzgebung über Beschäftigungsinitiativen** überarbeiten. Die auf mehrere Verwaltungen aufgeteilten Jugendmaßnahmen werden auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, bewertet und gegebenenfalls gebündelt.
- Wir werden Zweck und Finanzierung sämtlicher Maßnahmen darauf ausrichten, dass der Jugendliche am Ende **einen auf unbegrenzte Zeit laufenden Arbeitsvertrag** erhält.

3.4. Op de Jonken hir Stämm lauschteren

Wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, allen Jugendlichen die Chance auf einen qualifizierten Schulabschluss und somit auch eine gute Perspektive zur Integration in den Arbeitsmarkt zu bieten. Jugendliche sind nicht nur junge Erwachsene. Jugendliche haben ihr eigenes Leben, ihre eigene Gefühlswelt, ihre eigenen Sorgen, ihre eigenen Anliegen.

- Wir werden den Jugendlichen eine Stimme verleihen, die gehört wird. Die Befugnisse des nationalen Jugendparlamentes werden gefördert. Gegebenenfalls werden unter dessen Federführung **regionale und sektorielle Jugendparlamente** eingesetzt.
- Wir werden in jeder Gemeinde **eine Jugendkommission** einrichten lassen, die auch **15–18 Jährige** mit einschließt.
- Wir werden **politische Bildung an den Schulen** flächendeckend anbieten. Auch die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen wird gefördert. Medienerziehung und „safer internet“ werden vorangetrieben.
- Wir werden die **Möglichkeiten von Jugendlichen** sich im gesellschaftspolitischen Leben einzubringen, ausbauen.
- Wir werden Jugendorganisationen bei der **Einbindung von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft** oder mit einer Behinderung unterstützen. Die Jugendlichen erhalten mehr gemeinsame Sport- und Kulturmöglichkeiten. Jugendhäuser und Jugendorganisationen müssen sinnvolle und qualitativ hochwertige Freizeitangebote anbieten.

4. E Lëtzebuerg mat Wuesstem a méi Diversifizéierung

4.1. Kompetitiv duerch Innovatioun, Qualifikatioun a Produktivitéit

Luxemburgs Wirtschaft baut auf soliden Standortvorteilen auf. Diese werden wir erhalten und absichern. Wir müssen beständig neuen wirtschaftlichen Reichtum schaffen. Wir leben in einem Hochlohnland, das überwiegend vom Export lebt. Deshalb müssen wir hochwertige Produkte und Dienstleistungen anbieten, die in einem globalisierten Umfeld Erfolg haben. Hochschul-, Forschungs- und Innovationspolitik bedeuten Investitionen in die Zukunft des Landes. Die CSV will den Übergang von Hoheitsnischen zu Kompetenznischen vorantreiben. Die Wissensgesellschaft spielt hier eine zentrale Rolle. Wir werden Luxemburg als internationalen Forschungsstandort etablieren.

- Wir werden Forschung und Innovation zu einer **budgetären Priorität** machen. Unser Know-how in Hochschule, Forschung und Innovation werden wir verstärkt verzahnen und gegenseitig abstimmen. Mit diesem Wissensdreieck wollen wir unser Wirtschaftswachstum nachhaltig steigern.
- Wir werden uns dabei auf internationale Finanzen, europäisches Recht, Biomedizin, Informations-, Kommunikations- und Weltraumtechnologien, innovative Materialien sowie Umwelt- und Energietechnologien als Schwerpunkte konzentrieren. Nur so können wir die **öffentlichen Mittel effizient nutzen**.
- Wir werden bei Aufbau und **Weiterentwicklung von Kompetenzzentren** rechtzeitig Brücken zu Wirtschaft und Gesellschaft schlagen. Die bereits eingebrachte Reform der Universität, des Fonds national de la recherche und der öffentlichen Forschungszentren werden wir zügig umsetzen. Insbesondere die Zusammenlegung von CRP-Gabriel Lippmann und CRP-Henri Tudor.
- Wir werden von 2014 bis 2017 die Cité des sciences in **Belval als Leuchtturm** für Spitzenqualität in Lehre, Forschung und Innovation ausbauen. Der Campus Limpertsberg wird

zu einem Kompetenzzentrum für Rechts- und Finanzfragen aufgewertet. In Learning Cities wollen wir Menschen für Wissen und Institutionen für Innovation gewinnen. Zudem werden wir eine Strategie zur Förderung und Koordinierung der Sozialwissenschaften erarbeiten.

- Wir werden die **wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen** fortlaufend an die veränderten Gegebenheiten anpassen. Das regulatorische Umfeld gleichen wir an. Begleit-Tools wie die SNCI werden wir vorrangig in den Dienst Kleinerer und Mittlerer Unternehmen stellen. Auch die administrativen Entlastungen treiben wir weiter. Gleiches gilt für den „plan d'aménagement sectoriel zones d'activités économiques“.
- Wir werden unsere Energieabhängigkeit verringern und die Wirtschaft mit sauberer und bezahlbarer Energie versorgen. Energieversorgung ist wesentlich für unsere Wettbewerbsfähigkeit. **Energieeinsparung und Energieeffizienz** sind deshalb für uns absolute Priorität.
- Wir werden in intelligente und leistungsfähige Netze sowie in neue Speichermöglichkeiten investieren. Die **Energieberatung** vor allem Kleiner und Mittlerer Unternehmen werden wir ausbauen.
- Wir werden den **Anteil erneuerbarer Energien** im Energiemix bis 2020 auf mindestens **11 Prozent** erhöhen. Die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten und dritten Generation sowie die Produktion von Biogas aus Reststoffen wird vorangetrieben. So bieten wir der Land- und Forstwirtschaft weitere Standbeine an.
- Wir sind der Auffassung, dass die Löhne sich im Einklang mit der Produktivitätsentwicklung bewegen müssen. Wir werden die **Lohnnebenkosten der Betriebe** nicht erhöhen.
- Wir werden nach Beratungen in der „Tripartite“ eine Reform der Lohnindexierung vorbereiten. Unsere Vorgabe ist **höchstens eine Index-Tranche pro Jahr**. Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak oder Alkohol gehören nicht in den Index-Warenkorb. Umweltschädliche Produkte sollen prinzipiell ausgeschlossen werden. Ab einer bestimmten Höhe sollen die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden. Heizölpreise und ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll und ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden. Wir werden zudem eine Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indextranche durchführen.
- Wir werden den **sozialen Mindestlohn**, regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung anpassen.
- Wir werden die Sozialpartner auffordern und unterstützen, den **Sozialdialog** wieder aufzunehmen.

4.2. Ouni gesond Staatsfinanze geet et net

In einem kleinen Land sind solide Staatsfinanzen von besonderer Wichtigkeit. Ohne sie gibt es kein beständiges Wirtschaftswachstum. Ohne sie geraten die politische Stabilität und die soziale Kohäsion in Gefahr. Ohne sie büßen wir politische Plan-

barkeit ein, setzen wir unseren wesentlichsten Standortvorteil aufs Spiel. Deshalb wird die CSV auch in den nächsten fünf Jahren einen stabilen Haushaltskurs steuern.

- Wir werden uns bemühen, die gesamten **öffentlichen Finanzen bis 2017 wieder ins Gleichgewicht** zu bringen. Haushaltsdefizit und Staatsschuld sind zwar angewachsen, bleiben aber überschaubar. Beide dürfen nicht aus dem Ruder laufen. Im internationalen Vergleich steht Luxemburg weiterhin hervorragend da.
- Wir werden in der nächsten Legislaturperiode **keine teuren Leistungsgesetze** verabschieden. Weitere Sparanstrengungen sind notwendig. Nicht Austeritätspolitik auf Kosten des Wirtschaftswachstums ist angesagt, sondern eine ausgewogene Sparpolitik.
- Wir werden – wie in den vergangenen Jahren – die **staatlichen Konsumausgaben abbauen**, ohne jedoch die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen zu gefährden. Bei der Haushaltsaufstellung muss jeder Kreditansatz neu begründet werden. Wir brauchen eine flexible Haushaltsstruktur, die Einsparungspotentiale freisetzt. Deshalb wird die staatliche Lohnpolitik moderat bleiben müssen.
- Wir werden das öffentliche **Investitionsbudget auf hohem Niveau** belassen. Finanzpolitik ist auch Wachstumspolitik. Investitionen von heute schaffen Arbeitsplätze für morgen. Öffentliche Investitionen müssen in Teilen über Schuldenaufnahmen finanziert werden. Aber Schuldenaufnahmen für laufende Staatsausgaben werden unterbleiben. Öffentliche Schuldenaufnahme kann periodisch über Volksanleihen getätigt werden.
- Wir werden nach den großen Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre erneut eine **globale Steuerreform** ins Auge fassen. Sie war angesichts der Unwägbarkeiten und Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht möglich. Aber jetzt ist sie zügig anzugehen.
- Wir können eine substantielle Absenkung der Steuerlast nicht versprechen. Aber wir streben eine **ausgewogene Umstrukturierung der Steuerlandschaft** an. Die Betriebsbesteuerung muss auch weiterhin zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Investitionsstandortes Luxemburg beitragen.
- Wir werden **keine generelle Erhöhung der betrieblichen Steuerlast** beschließen. Die Betriebe sollen in Zukunft die Wahl haben zwischen einem nach unten zu korrigierenden Steuersatz bei gleichzeitiger Erweiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und dem gegenwärtigen Steuersatz unter Beibehaltung der wichtigsten Abschreibungsmöglichkeiten. In allen Fällen sind die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten dort auszubremsen, wo sie den wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht Rechnung tragen und nur der Steuerverminderung ohne wirtschaftlichen Mehrwert dienen.
- Wir sehen auch in Sachen **Personenbesteuerung Reformbedarf**. Wir werden die Listen der bestehenden Steuerkredite dort ausdehnen, wo sie zu mehr Steuergerechtigkeit führen können.

- Wir werden im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten den Steuersatz und seine Progression so glätten, dass die sogenannte Mittelschicht entlastet werden kann. Wir werden die **optionale Individualbesteuerung** einführen.
- Wir werden nicht umhin kommen, die **Mehrwertsteuer anzupassen**. Damit wird der Ausfall der durch den elektronischen Handel erzielten Steuereinnahmen teilweise kompensiert. Luxemburg wird den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behalten. Der Mindeststeuersatz auf Grundnahrungsmittel wird nicht erhöht. Er bleibt bei 3 Prozent. Der TVA-Steuer ausfall im Bereich des elektronischen Handels kann man nicht nur durch Steuererhöhungen ausgleichen. Zusätzliches Sparen bleibt angesagt.
- Wir werden die **Vermögenssteuer für Privatpersonen nicht wieder einführen**. Sie wurde bei Einführung der Quellensteuer abgeschafft. Dabei bleibt es. Die Vermögenssteuer der Betriebe bleibt bestehen. Sie sichert uns Einnahmen von etwa 300 Millionen Euro jährlich. Auf diese Einnahmen können wir nicht verzichten.
- Wir werden die **Grundsteuer den heutigen Verhältnissen anpassen**. Die so entstehenden Mehreinnahmen werden den Gemeinden zugeführt.
- Wir werden **Steuerhinterziehung entschieden bekämpfen**. Sie ist kein Kavaliersdelikt. Vor allem nicht in Krisenzeiten.

4.3. Arbeitsplätze besetzen a Chômage ofbauen

Arbeit gibt dem Menschen Würde. Durch sie kann er sich selbst verwirklichen. Durch sie kann er am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen für eine eigenverantwortliche Lebensplanung schaffen. Die CSV wird für ausreichend qualitative Instrumente sorgen, um den Menschen ihre Existenzsicherung durch den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Oberstes Ziel der Beschäftigungspolitik bleibt die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Diese hängt allerdings wesentlich von anderen Politikbereichen wie Ausbildung, Wirtschaft und Soziales ab.

- Wir werden **keine arbeitnehmerfeindliche Flexibilisierung des Arbeitsrechts** zulassen. Auch Arbeitnehmer brauchen Planungssicherheit. Für sich. Für ihre Familien.
- Wir werden den **unbefristeten Arbeitsvertrag weiterhin als Regelfall** ansehen. Praktika werden im Arbeitsrecht verankert. Der Kündigungsschutz bei missbräuchlichen Entlassungen wird verstärkt.
- Wir werden den Vertragspartnern neue Möglichkeiten eröffnen, im Konsens und auf kollektivvertraglicher Basis **flexible Arbeitszeitmodelle** auszuarbeiten.
- Wir werden den „Comité permanent du travail et de l’emploi“ reformieren. Dieser soll eine laufende **Koordinierung der Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit** in die Wege leiten. Die Arbeiten des Konjunkturkomitees werden effizienter gestaltet.

- Wir werden die Mittel zur Vermeidung betriebsbedingter Arbeitslosigkeit gesetzlich verstärken. Unsere Priorität ist der **Beschäftigungserhalt bei betrieblichen Restrukturierungen**. Das Förderinstrument Kurzarbeit soll durch obligatorische Weiterbildungen der betroffenen Arbeitnehmer gestärkt werden. Zudem werden wir einen betrieblichen „plan de gestion des ressources humaines“ einführen. So kann ein eventueller Personalabbau in enger Absprache mit den Sozialpartnern vorweggenommen werden.
- Wir werden die **Abstimmung zwischen den Akteuren der Beschäftigungspolitik** verbessern und auszubauen. Es wurden im Laufe der vergangenen Jahrzehnte viele nützliche Maßnahmen geschaffen, die über den Beschäftigungsfond finanziert werden.
- Wir werden den Beschäftigungsfonds einem **externen finanziellen Audit** unterziehen. Eine qualitative Bestandsaufnahme wird die Wirksamkeit sämtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Wiedereingliederung prüfen.
- Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Beschäftigungsinitiativen verbessern. Die Schaffung definitiver **staatlich geförderter Betriebsstrukturen** (z.B. in der Nachbarschaftshilfe) für Langzeitarbeitslose werden wir ins Auge fassen.
- Wir werden die interne und externe Reklassierung von Arbeitnehmern reformieren. Die **interne Reklassierung** erhält einen absoluten Vorzug gegenüber der externen.
- Wir werden das Arbeitsamt neu organisieren. Unter tripartitärer Führung (Staat, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) werden wir ein „établissement public“ schaffen. Wir werden ferner die **Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Bildungsministerium** verstärken. Insbesondere in Sachen Ausbildungsprogramme für Arbeitssuchende.

4.4. De Betrib ass e Ganzt

Das Luxemburger Sozialmodell hat sich im Laufe der Jahre immer wieder bewährt. Auch in Krisenzeiten ist ein innerbetrieblicher Dialog von hoher Qualität ein stabilisierender Faktor für unsere gesamte Wirtschaft. Die CSV wird sich dafür einsetzen, dass den Sozialpartnern, also Gewerkschaften und Arbeitgebern, auch weiterhin angepasste gesetzliche Instrumente zur Verfügung stehen. Im Konsens können so gemeinsame Interessen verknüpft werden. Mit dem Ziel eines besseren betrieblichen Zusammenhalts, besserer Arbeitsbedingungen, besserer betrieblicher Resultate.

- Wir werden den vorliegenden **Gesetzesvorschlag über den sozialen Dialog** in Unternehmen umsetzen. Dieser erlaubt eine Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit in einem sich rasant entwickelnden wirtschaftlichen Umfeld. Die Stellungnahmen der betroffenen Partner werden berücksichtigt.
- Wir bekennen uns zur Tarifautonomie der Sozialpartner. Wir wollen eine **pluralistische Gewerkschaftslandschaft** in Luxemburg. Wir werden den Statut der betrieblichen

Personalvertreter präziser definieren. Auch in punkto Verpflichtungen gegenüber ihrer national repräsentativen Gewerkschaft.

- Wir werden den **sektoriellen Sozialdialog** weiter fördern. Ganze Wirtschaftszweige können so einen einvernehmlichen Konsens finden. Rezente Beispiel sind Bauwirtschaft und Luftfahrt. Dieses Einverständnis ist Garant für unsere Wettbewerbsfähigkeit und die berechtigten Belange der Belegschaften. Gemeinsames Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze.
- Wir werden, im Dialog mit den Sozialpartnern, die Möglichkeiten **außergerichtlicher Einigungen bei Individualstreitfällen** im Arbeitsrecht oder aber im Rahmen von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz diskutieren. Die im ständigen Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung vorgesehene Vermittlungsinstanz könnte hierfür den geeigneten Rahmen bieten.
- Wir werden **schnellstmöglich ein Anti-Mobbing-Gesetz** verabschieden. So wollen wir Belästigungen am Arbeitsplatz vorbeugen und entgegenwirken. Anti-Mobbing-Vereinigungen werden wir in ihrer Arbeit unterstützen.

4.5. Wuesstem duerch Diversifizierung

Wirtschaft braucht Freiheit. Sie braucht auch Unterstützung. Um gestärkt aus der Krise hervorzugehen, müssen jetzt die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt werden. Neben dem dominierenden Finanzsektor wird die CSV die Wirtschaft weiter diversifizieren. Die Wissensgesellschaft bietet uns viele neue Chancen. Wir werden aber auch klassischen Wirtschaftszweigen wie Industrie oder Landwirtschaft neue Entwicklungschancen bieten. Den Luxemburger Mittelstand mit seinen 20.000 Betrieben und 180.000 Arbeitsplätzen werden wir nachhaltig unterstützen und fördern. Besonders die Unabhängigen und Freischaffenden. So werden immer wieder neue wirtschaftliche Ideen verwirklicht.

- Wir werden ein **Statut für Unabhängige** und ein Mikrofinanzinstitut einführen. So entstehen neue unabhängige Aktivitäten. Der Unternehmungsgeist wird gefördert.
- Wir werden eine genaue Analyse der „sàrl simplifiée“ durchführen. Die **Nachfolge in den Kleinen und Mittleren Betrieben** wird durch bessere Rahmenbedingungen erleichtert. Der Vierte Aktionsplan für kleine und mittelständische Betriebe wird umgesetzt.
- Wir werden bei **öffentlichen Ausschreibungen** neben dem Preis auch andere Auswahlkriterien berücksichtigen. Die Einhaltung der arbeits-, sozial- und lohnrechtlichen Bestimmungen ist genauso wichtig. So werden Dumpingpreise verhindert. Hier muss noch mehr kontrolliert werden, zwecks Einhalten der Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Wir werden zudem sicherstellen, dass größere staatliche Projekte in den einzelnen Teilbereichen des Handwerks ausgeschrieben werden. Eine größere Anzahl an Betrieben kann sich so bewerben.
- Wir werden, nach der Einführung des „badge social“ im Baugewerbe und Handwerk, auch die **Kontrollen auf Baustellen konsequenter** durchführen. Schwarzarbeit und Sozialdumping müssen unterbunden werden.

- Wir werden die **soziale Gleichstellung von Selbstständigen und Beschäftigten** weitertreiben. Vor allem in Sachen Sozialversicherung und Arbeitslosengeld. Selbstständige erhalten weitestgehend den gleichen Zugang zur Betriebsunterstützung wie andere Betrieben. Auch die liberalen Berufe werden wir gleichstellen. Ihnen ermöglichen wir den Zugang zu einer betrieblichen Zusatzpension.
- Wir wollen auch in Zukunft einen attraktiven Finanzplatz, der durch Kompetenz und Innovationsfähigkeit besticht. Wir werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Luxemburg eine **führende Rolle als internationaler Finanzplatz** u.a. für die Vermögensverwaltung und das Fondsgeschäft bleibt.
- Wir werden Förderung und **Marketing des Finanzplatzes** unter staatlicher Regie weiter ausbauen. Wir werden Luxemburg im verstärktem Maße Zugang zu den Wachstumszentren außerhalb Europas verschaffen. Vor allem in Asien. Aber nicht nur dort.
- Wir werden dem Finanzplatz zu einem **einwandfreien Ruf** verhelfen. Internationale Regeln werden angewendet, neue Standards in EU und OECD aktiv mitgestaltet. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die gleichen Regeln für alle großen Finanzplätze der Welt gelten.
- Wir werden unsere Industrielandschaft gerade in diesen Zeiten bewahren, ja stärken. Dynamisierung, Diversifizierung und Innovation liegen uns besonders am Herzen. Wir werden der **Industrie ein günstiges Umfeld anbieten**. So kann sie weiterhin investieren und wettbewerbsfähig bleiben. Direkte und steuerliche Anreize für Forschung und Innovation werden verstärkt. Die weiterverarbeitende Industrie wird zu einem neuen Wirtschaftsstandbein ausgebaut.
- Wir werden die **erfolgreiche Hochtechnologie-Strategie** der vergangenen Jahre, die auf moderne Informations- und Kommunikationswege fußt, fortführen und ausdehnen. Schnelle und sichere Datennetze und Datenzentren werden wir als Standortfaktor nutzen. Vor allem beim Cloud Computing. Die Kompetenzzentren elektronischer Handel und Computer Gaming werden erweitert. Wir haben den Medien- und Kommunikationssektor zu einem wichtigen Pfeiler der Wirtschaft ausgebaut, der fast sieben Prozent des BIP ausmacht. Wir werden diesen Weg weiter gehen.
- Wir werden in punkto **Biomedizin** auf Vernetzungen mit neuen Technologien setzen. Bestehende Clusterinitiativen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Luxemburg (Umwelt, Gesundheit, ICT) werden weiter gefördert. Neue Clusterinitiativen werden unterstützt. Gemeinsam mit Forschung und Hochschule werden weitere Keimzellen innovativer Wirtschaftszweige unterstützt. Luxemburg wird als **ICT-Exzellenzstandort** international vermarktet. Die bereits ausgearbeitete **Cyber-Security-Strategie** wird als Standortvorteil genutzt werden.
- Wir werden den **Filmstandort Luxemburg** durch gezielte Wachstumsimpulse und durch die Förderung des Filmfestivals „Discovery Zone“ weiter fördern.

- Wir werden durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, Umschlagstechnik und innovative Logistik (eLogistik) den **Logistikstandort Luxemburg weiter ausbauen**. Mit neuen satellitengestützten Technologien und Robotik werden wir die Transportkette optimieren. In unserer Diversifizierungsstrategie spielt der Logistikstandort Luxemburg mit dem Flughafen und dem Schienenfracht-Umschlagplatz zwischen Düdelingen und Bettemburg eine entscheidende Rolle.
- Wir werden die **Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten** im internationalen Transport verstärkt kontrollieren. So werden Sicherheitsrisiken abgebaut.
- Wir werden die Gesetzgebung im Sinne eines **größtmöglichen Schutzes für den Konsumenten** kontinuierlich anpassen.

4.6. Landwirtschaft, Wäibau an Tourismus: eis traditionell Stärkten ausbauen

Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau und Tourismus sind zentraler Bestandteil unserer Wirtschaft. Sie stehen für Tradition, Nahrungsversorgung, Kultur, Bodenständigkeit. Innovation und Qualität wollen wir miteinander verbinden. Auch Landwirte und Winzer haben ein Anrecht auf ein angemessenes Einkommen. Nur starke und wirtschaftlich gesunde Betriebe können auf Dauer Nahrungsmittel produzieren, Kulturlandschaft pflegen und den ländlichen Raum erhalten. Wir brauchen deshalb eine gesunde Mischung von Betrieben verschiedener Größen und Ausrichtungen.

- Wir werden uns in Europa auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Luxemburg möglichst großflächig als **benachteiligte Agrarregion** eingestuft bleibt.
- Wir werden die anstehende EU-Agrarreform 2014-2020 zügig umsetzen. Den **spezifischen Eigenschaften unserer Landwirtschaft** wird dabei Rechnung getragen. Wir werden Flächen identifizieren, die wichtig für die Landwirtschaft sind und nicht als Kompensationsflächen im Sinne des Naturschutzgesetzes zur Verfügung stehen.
- Wir werden einen starken und **wettbewerbsfähigen agroalimentären Sektor** in Luxemburg erhalten. Bestehende Beratungsinstrumente werden ausgebaut. Sowohl im pflanzlichen, im tierischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Koordinierung übernimmt die Landwirtschaftskammer.
- Wir werden im neuen Agrargesetz den Spielraum im EU-Recht voll ausnutzen, um die Modernisierung der Betriebe auch in Zukunft durch **Investitionshilfen** zu unterstützen. **Junglandwirte** erhalten dabei unsere besondere Aufmerksamkeit.
- Wir werden zusammen mit den Biolandwirten weiterhin an einem Aktionsplan arbeiten. Mit dem Ziel einer **nachhaltigen Zukunft der Biolandwirtschaft**. Landwirtschaftliche Schutzflächen werden definiert und bestimmt.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die notwendigen neuen Infrastrukturen der Ackerbauschule auf dem Standort Gilsdorf zügig erschlossen werden. In der Nordstad entsteht ein **Kompetenz- und Innovationszentrum „Agro-Bio-Tech“**. Synergien zwischen Verwaltungen, Forschung und Ausbildung werden genutzt, um Innovationen in diesem Bereich zu fördern.
- Wir werden luxemburgischen Qualitätsprodukten den **Zugang zu den Küchen und Restaurants von Krankenhäusern, Schulen, Kindertagesstätten und Altersheimen** erleichtern. Gezielte Werbekampagnen wie z.B. „Sou schmaacht Lëtzebuerg“ werden unterstützt.

Ziel unserer **Weinbaupolitik** ist es, die gesamte Mosel wirtschaftlich stark aufzustellen. Denn der Weinbau spielt zusammen mit dem Oenotourismus eine wichtige Rolle bei der Erhaltung unserer einmaligen Kulturlandschaft. Er prägt so die ganze Moselgegend. Eine rationelle und wirtschaftliche Bearbeitung der Weinberge im Einklang mit einer umweltgerechten, nachhaltigen Bewirtschaftung muss weiter angestrebt und gefördert werden.

- Wir sehen **Qualität als erste Priorität** in der Wein- und Traubenproduktion an. Wir werden diesem Qualitätsprinzip bei der Einführung der AOP („appellation d’origine protégée“) anstelle der jetzigen AOC („appellation d’origine contrôlée“) im Jahr 2014 Rechnung tragen.
- Wir werden eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung der Weinberge weiterhin durch die **Landschaftspflegeprämie** und weiterer Umweltschutzprogramme fördern. Der ökologische Weinbau wird gezielt gefördert.
- Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Weinbauinstitut aus Remich die Beratung verstärken. So wird der Anbau der Reben und das Produkt Wein stetig verbessert. In Remich wird zudem eine **zentrale Verwaltungsanlaufstelle für Winzer** eingerichtet. Unterstützt wird auch der beschwerliche Steillagenweinbau.
- Wir werden **gezielte Werbekampagnen in der Großregion sowie im weiteren Ausland** starten, um das Image der hochwertigen Luxemburger Weine und Crémants zu fördern und noch bekannter zu machen.
- Wir werden unser strategisches Konzept von **Lebensqualität und Tourismusqualität** vor allem beim Kongress- und Geschäftstourismus, Kulturtourismus, Industrietourismus, Tourismus im ländlichen Raum sowie beim Binnentourismus durchsetzen. Der Tourismus hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt, der mittlerweile fast sechs Prozent des BIP ausmacht. Wir sehen hier noch Wachstumsspielraum.
- Wir werden eine noch stärkere **Professionalisierung der touristischen Anbieter** anregen. Diese müssen ihre jeweiligen Rollen und Aufgabenfelder überdenken, neu definieren und gegebenenfalls neu ausrichten.

- Wir werden die **Verbesserung der Tourismus-Qualität** beständig vorantreiben. Sowohl im Service-Bereich (Q-Label, Eco-Label, EureWelcome, Bed&Bike) als auch bei der touristischen Infrastruktur (Klassifizierungen für Hotels und Campings).
- Wir werden im Rahmen unserer allgemeinen Promotionsstrategie im Ausland den **Tourismusstandort Luxemburg fördern**. Die administrative Vereinfachung im Interesse der touristischen Leistungsträger wird fortgesetzt.

5. E Lëtzebuerg mat enger gudder sozialer Ofsécherung

5.1. Haut eise Sozialsystem fir muer sécheren

In den vergangenen Jahren wurden Versuche unternommen, der sogenannten Rentenmauer entgegenzuwirken und die Finanzierung der Krankenversicherung in den Griff zu bekommen. Die CSV hat in der Abgeordnetenversammlung klar betont, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Wir wollen das gesamte Sozialsystem für unsere Kinder absichern. Auch die Krankenversicherung muss langfristig finanzierbar bleiben.

- Wir werden die Sozialpartner dazu einladen, die Nomenklatur neu zu gestalten. Sie soll die Akten aller Gesundheitsberufe umfassen. Wir setzen uns dabei auch für eine **Berücksichtigung der Schmerztherapie** ein.
- Wir werden einen **krankheitsbezogenen Finanzierungsmodus der Krankenhäuser** vorschlagen. Das aktuelle Budgetisierungsmodell ist überholt. Wir werden neue Wege vorschlagen, die notwendigen Leistungen der Pflegeversicherung finanziell abzusichern und gegebenenfalls anzupassen. Wir streben eine bessere Leistungs- und Qualitätskontrolle bei der stationären und häuslichen Pflege an. Die Vorbeugung von Pflegebedürftigkeit wird verstärkt. Über eine Neugestaltung der Tarife wird diskutiert.
- Wir werden bei der **Pensionskasse keine Beitragserhöhungen** zulassen. Die rezente Reform der Pensionskasse war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen.
- Wir werden die berufliche Wiedereingliederung von Langzeitkranken vereinfachen. Härtefälle im System werden wir sozialsolidarisch lösen. Eine **Priorität für die Einstellung von Langzeitkranken** beim früheren Arbeitgeber führen wir ein. Wir werden die 52-Wochen-Regelung reformieren.

Die Vernetzung von Arbeitsmedizin, medizinischer Kontrolle und behandelnden Ärzten wird verbessert. So können fristgerechte Entscheidungen getroffen werden.

5.2. De Patient am Mëttelpunkt

Luxemburg braucht keinen internationalen Vergleich in puncto Gesundheitsleistungen zu scheuen. Sowohl die ambulante Versorgung als auch die Spitalslandschaft sorgen für ein flächendeckendes Angebot von modernster Medizin bei ausgezeichneten Infrastrukturen. Diese Versorgung wird jedoch in den kommenden Jahren einem massiven Finanzdruck ausgesetzt sein. Das Gesundheitswesen wird sich aufgrund der europäischen Direktive zur Patientenmobilität auf eine verstärkte Konkurrenz einstellen müssen. Die Krankenkassen werden bei gleichem Angebot, einer höheren Lebenserwartung und einer Zunahme von chronischen Krankheiten, an ihre Grenzen stoßen. Dies führt dazu, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter einsetzen müssen. Die CSV wird eine grundlegende Reform des Steuerungssystems in die Wege leiten und dabei vor allem den Patienten in den Mittelpunkt stellen.

- Wir werden Abstand nehmen von einem „rein gewinnbringenden, fragmentierten und klinikorientierten System“ (WHO). Wir werden vielmehr die genauen **Bedürfnisse der Bevölkerung ermitteln**, um die Volksgesundheit zu erhalten. Wir streben die bestmögliche Versorgung im Krankheitsfall an.
- Wir werden eine **„gouvernance nationale de santé“** schaffen mit Vertretern der Sozialpartner, Krankenkassen, Patienten und Gesundheitsberufe. So können wir fällige Investitionen steuern und Aufgaben effizient über das Gesundheitssystem verteilen. Diesem Gremium wird ein beratendes Expertengremium zur Seite gestellt.
- Wir werden ein **„Observatoire de la Santé“** schaffen. Unter strengsten Datenschutzmaßnahmen werden Gesundheitsdaten zentral und anonymisiert erfasst. Die Arbeiten am Projekt „e-santé“ sowie die Erstellung eines „dossier unique“ werden fortgesetzt.
- Wir werden das **Gesetz über Patientenrechte überarbeiten**. Es wird durch eine Regelung der Entschädigung von medizinischen Unfällen ergänzt. Die laufenden Vorsorgeprogramme werden wissenschaftlich ausgewertet. Daraus wird ein patientenzentriertes Präventionskonzept erarbeitet.
- Wir werden **Präventionsprogramme** fristgerecht an neue wissenschaftliche Erkenntnisse anpassen. Patienten werden konsequent über die ihnen angebotenen Maßnahmen aufgeklärt. Wir werden die Präventionsmedizin altersspezifisch und zielorientiert ausrichten. Das Gesetz zur Schulmedizin wird bilanziert und dort nachgebessert, wo es nötig ist.
- Wir werden **größere Gemeinschaftspraxen** im Sinne des Versorgungsauftrags fördern. Diese neue Allgemeinmedizin wird mit den Pflegediensten und anderen im Gesundheitswesen tätigen Berufsgruppen, sowie mit den spezialisierten Zentren der Krankenhäuser regional vernetzt. Die landesweite allgemeinmedizinische Versorgung wird in nächster Zeit noch wichtiger werden.

- Wir werden das **Referenzarzt-System** einer **Bilanzierung** unterziehen. Es wird im Rahmen eines Programmes für Qualität unter Berücksichtigung der Therapieergebnisse ausgebaut. Auch das System der „maisons médicales“ wird ausgewertet. Es wird den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst und mit den Notaufnahmen der Krankenhäuser vernetzt.
- Wir werden die Einrichtung einer oder mehrerer „**maisons médicales pédiatriques**“ vorantreiben. Der Ausbau der Palliativmedizin sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich wird weiter gefördert.
- Wir werden **ambulante Diagnostik und ambulante Chirurgie** konsequent fördern. Nationale fachspezifische Kompetenzzentren unter Kontrolle des „Centre national d’expertise de la santé“ werden neu gestaltet. Kompetenzen werden so über eine reine Krankenhausmentalität hinaus, gebündelt.
- Wir werden die **Gesundheitsversorgung in den Regionen stärken**. Der Spitalplan wird so ausbalanciert, dass spezialisierte Dienste über die Grundversorgung hinaus, angesiedelt bleiben.
- Wir werden **geeignete Übergangsstrukturen** schaffen für Patienten, bei denen ein stationärer Aufenthalt nicht mehr notwendig, eine Rückkehr in den häuslichen Bereich aber noch nicht möglich ist. Solche Strukturen können in bestehende Pflegeeinrichtungen integriert sein. Nachbehandlungsmöglichkeiten werden ausgebaut, um über Rehabilitation den Zustand der Patienten gezielt zu verbessern.
- Wir werden in Zusammenarbeit mit Eurotransplant der **Transplantationsmedizin** wieder zu ihrem Platz im nationalen Angebot verhelfen. Die Bevölkerung wird vermehrt für die Problematik sensibilisiert.
- Wir unterstützen eine **moderne dezentralisierte Psychiatrie**. Wir werden die notwendigen Prozeduren einleiten. Geeignete ambulante Strukturen werden ausreichend zur Verfügung gestellt. Psychiatrie muss auch eine größere präventive Rolle spielen. Besonders in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Diese wird mit im Familienbereich angesiedelten Maßnahmen vernetzt. In der Suchtbekämpfung legen wir mehr Gewicht auf Prävention. Therapieangebote werden wir ausbauen. Substitutionsprogramme werden angepasst. Auch der Genderdimension tragen wir Rechnung.
- Wir werden die **Gesundheitsberufe stärker vernetzen**. So können wir dem Patienten mit seinen unterschiedlichen Problemen individuell die richtige Anlaufstelle anbieten.
- Wir werden das Gesetz über die **Anerkennung der Psychotherapie** weitertreiben. An der Regulierung bei uns nicht zugelassener Gesundheitsberufe arbeiten wir weiter. Dies im Einklang mit den Angeboten und beruflichen Anforderungen unserer Nachbarländer. Und im Sinne einer größtmöglichen Sicherheit für die Patienten.

- Wir werden einen Rahmen für die **Weiterbildung aller Gesundheitsberufe** aufstellen. Zur Sicherstellung des Verständnisses zwischen dem Personal und den Betreuten, werden wir auch das Erlernen der luxemburgischen Sprache in die Weiterbildungsprogramme einfügen. Für psychologische, pädagogische und soziale Berufe, die bislang gesetzlich unzureichend oder gar nicht geregelt sind, werden wir ein Rahmengesetz verabschieden, das berufsethische Standards sowie Qualifikations-, Aus- und Weiterbildungsprofile festlegt.

6. E Lëtzebuerg mat enger fairer Gesellschaft

6.1. All Famill ass anescht

Familienpolitik ist mehr als Politik für die klassische Kernfamilie. Sie begreift Kinder und Jugendliche, ältere und behinderte Menschen. Andere Politikfelder wie Integration und Solidarität werden von ihr bestimmt. Die CSV setzt sich daher weiterhin für eine ganzheitliche Familienpolitik ein. Mit besonderem Augenmerk auf das Wohl des Kindes. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat die Politik der Familienleistungen eine beachtliche Entwicklung genommen.

- Wir werden die Familienleistungen detailliert analysieren. Notwendige Anpassungen werden wir vorschlagen. Wir werden auf Basis dieser Bestandsaufnahme und nach Beratung mit den Sozialpartnern das System der **Familienleistungen neu gestalten**. Dabei werden wir eine größere soziale Selektivität, die Individualisierung der Rechte des Kindes sowie sämtliche Familienmodelle berücksichtigen.
- Wir werden gemeinsam mit den Gemeinden die Qualität der Betreuung für Kleinkinder verbessern. Auch **Betreuungsstrukturen** werden ausgebaut. Wir werden ein neues Gesetz für Pflegefamilien erarbeiten. Die ambulante erzieherische Hilfestellung und Betreuung von Kindern und Familien in Not wird ausgebaut.
- Wir werden nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern die **Einführung des Großelternurlaubs** für Berufstätige vereinbaren. Wir werden den Ausbau von therapeutischen Auffangstrukturen für Kinder und Jugendliche mit Verhaltensschwierigkeiten vorantreiben. Auch der Aufbau betreuter Wohnstrukturen für Jugendliche wird gefördert. Wir werden einen neuen Aktionsplan für die Jugend erstellen. Schwerpunkt ist dabei der Übergang in die Arbeitswelt sowie in eigenständiges Wohnen.
- Wir werden den Aktionsplan zur Förderung der emotionalen und sexuellen Gesundheit umsetzen. Die **Elternschule** wird ausgebaut. Das Erlangen der postnatalen Beihilfe wird an die Beteiligung an spezifischen Kursen geknüpft. Wir werden Elternbriefe verfassen, die in entscheidenden Phasen des Lebens der Kinder an die Eltern verschickt werden: Geburt, Kleinkindphase, Einschulung.

- Wir werden das Gesetz über den „congé pour raison familiale“ analysieren und gegebenenfalls verbessern. Eine **zentrale Anlaufstelle für Adoptionen** wird eingerichtet. Dabei kann es weder ethisch noch rechtlich ein Recht auf ein Kind geben.
- Wir werden das „**Centre socio-éducatif de l’Etat**“ reformieren. Die Weiterbildung für das Personal der Ausbildungs- und Wohnstrukturen wird erweitert.
- Wir werden das Gesetz zum „Ombudscomité fir d’Rechter vum Kand“ reformieren. Auch Kinder haben Rechte. Ein nationaler Aktionsplan für Kinderrechte wird in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten erstellt. Das Jugendschutzgesetz wird im Interesse aller Minderjährigen neugestaltet.
- Wir werden die Politik im Interesse älterer Menschen in einen umfassenden Politikrahmen stellen. Dieser soll die **Bilder des Alters positiv als aktive und sichere Lebensphase** darstellen. Dieser Aktionsplan soll eine aktive gesellschaftliche Teilnahme der älteren Bevölkerung sowie die Solidarität zwischen den Generationen fördern. Im Vordergrund stehen die Autonomie des Betroffenen aber auch Verfügbarkeit, Absicherung und Qualität der angebotenen Dienste. So werden wir dem demografischen Wandel der kommenden Jahre gerecht. Im Rahmen dieses Aktionsplans wird ein nationales Informations- und Beratungszentrum für Betroffene und Angehörige mit dem besonderen Akzent auf Bedürftigkeit und Demenz eingerichtet.
- Wir werden die bestehende **ASFT-Gesetzgebung überprüfen**. So können neue Formen des betreuten und telematisch unterstützten Wohnens bestimmt werden. Die Grund- und Weiterbildung des Personals wird ausgebaut in puncto Palliativpflege, Unterstützung alltäglicher Tätigkeiten und psycho-geriatrischer Aktivierung. Zudem wird ein Internetportal „Senior“ eingerichtet. So werden Zugang und Transparenz zu den bestehenden Angeboten gewährleistet.
- Wir werden das **Hypotheken-Darlehen auf Lebenszeit** einführen. Zinsen plus Darlehen sind beim Tod von den Erben zurückzuzahlen.

In der **Behindertenpolitik** bleibt unser Hauptanliegen, Menschen mit Behinderungen zu einem möglichst autonomen Leben zu verhelfen. Daher werden wir den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten umsetzen. Bei jeder Maßnahme werden wir die Bedürfnisse von Personen mit Behinderungen berücksichtigen. Wir werden ihnen somit die volle und wirksame Teilnahme an der Gesellschaft gewährleisten.

- Wir werden die **Sensibilisierung und Informationen** von und für behinderte Personen als auch für die Öffentlichkeit verstärken. Die Zugänglichkeit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln wird weiter verbessert. Auch die Zugänglichkeit zu Kommunikation und Informationen werden wir ausbauen: staatliche Internetseiten, Untertitelung von Nachrichten sowie Förderung der „Leichten Sprache“.

- Wir werden Voraussetzungen und Hilfestellungen schaffen, damit Arbeitgeber **behinderte Arbeitnehmer** soweit wie möglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt berücksichtigen. Die **Gebärdensprache** für Schwerhörige und Gehörlose wird anerkannt und gefördert.
- Wir werden **Regel- und Förderschulen enger zusammenrücken**. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowohl in Grund- und Sekundarschule als auch in den „maisons relais“ und Jugendhäusern wird fortgesetzt. Die Ausbildung des Personals wird dementsprechend angepasst.
- Wir werden das **Vormundschaftsrecht reformieren** und behinderte Personen auch durch Schulungen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken. Wir werden verstärkt Ansprechpartner und Anlaufstellen in Betrieben, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie auf kommunaler und nationaler Ebene bestimmen. Gesetzeskonforme Daten werden erfasst, um eine verbesserte Auswertung im Sinne der Bedürfnisse behinderter Menschen zu erreichen.
- Wir werden **die Freiwilligenagentur** unterstützen. Luxemburg braucht auch weiterhin enthusiastische Freiwillige, die sich im Dienste von Dritten und der Gemeinschaft engagieren. Ohne ehrenamtliches Engagement in, den Kultur- und Sportorganisationen, den Vereinen sowie den wohltätigen Organisationen würde vieles in der Gesellschaft nicht funktionieren.

6.2. Fraen a Männer: Gläich Rechter, Flichten a Chancen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ergibt sich aus dem christlich-sozialen Menschenbild. Sie ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Für die CSV umfasst sie keineswegs nur familienspezifische Ansätze.

- Wir werden **geschlechteruntypische Ausbildungen**, Berufe und Karrieren für Frauen und Männer gezielt fördern. Etwa im Rahmen des „Girl’s and Boy’s Day“.
- Wir werden den **Zugang von Frauen zu Leitungspositionen** in Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Industrie sowie im Bereich Technologie, Medien, Kultur und Gesellschaft durch ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen anstreben und fördern.
- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine flexible arbeitnehmer- und familienfreundliche Arbeitszeitorganisation verbessern. Wir werden die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau ebnen. **Kinderbetreuungstrukturen** werden weiter ausgebaut.
- Wir werden weiterhin **gegen häusliche Gewalt** vorgehen. Das Strafmaß für Wiederholungstäter wird gegebenenfalls verschärft.

6.3. Hëllef en sech selwer ze hëllef en

Armut in Luxemburg ist vor allem Kinderarmut. Sie hat vielfältige Gesichter. Sie hat nicht nur mit materiellen Grundbedürfnissen zu tun. Sie hat viel mehr mit Ausschluss aus dem Mainstream zu tun. Kinder, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen,

haben ein größeres Krankheitsrisiko, ein größeres Risiko in der Schule zu scheitern und dementsprechend weniger aussichtsreiche Berufsperspektiven. Armut vererbt sich. Die CSV wird Kinderarmut bekämpfen, indem wir die gesellschaftliche Exklusion der Eltern bekämpfen.

- Wir werden die Eltern verstärkt in den **Arbeitsmarkt einbinden**. Ihre Beteiligung am gesellschaftlich-kulturellen Leben wird unterstützt.
- Wir werden die **RMG-Gesetzgebung überarbeiten**. Einerseits werden wir der Kinderlast verstärkt Rechnung tragen. Andererseits werden wir verschiedenen arbeitsverhindernden Regelungen entgegenwirken.
- Wir werden die Gesetzgebung von 1970 über die „**cessions et saisies**“ überarbeiten.
- Wir werden die „**Agence immobilière sociale**“ weiter ausbauen.
- Wir wollen wirksame Transferleistungen sowie eine gezielte Unterstützung der am stärksten benachteiligten Familien. Der **Zugang zu Betreuungsstrukturen** wird verbessert. Wir wollen möglichst früh physisch, kognitiv und kulturell fördern.

6.4. Kultur verbënnt

Demokratie braucht Kultur.. Kultur formt das Bewusstsein und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie fördert die Kreativität der Kinder und Jugendlichen und ist somit eine wesentliche Innovationskraft. Kultur schafft Arbeitsplätze. Kreativität ist ein Standortfaktor und Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.. Sie gibt starke Impulse für die Imagepflege des Landes und zieht Investitionen an. Nach dem Ausbau der Infrastrukturen wurde in der vergangenen Legislaturperiode die Unterstützung der Kreativschaffenden verstärkt.

- Wir werden **zeitgenössisches Kulturschaffen** gezielt fördern. Wir unterstützen die Professionalisierung des Sektors. Die Verbesserung des Künstlerstatuts und die Unterstützung junger Künstler werden zügig zum Abschluss gebracht.
- Wir werden den Auf- und Ausbau von Künstlerresidenzen im In- und Ausland fortsetzen. Die **Exportpromotion von einheimischen Künstlern** wird auf neue Disziplinen ausgedehnt. Neue Finanzierungsmöglichkeiten und ein Gesetz über Mäzenatentum werden ausgearbeitet.
- Wir werden die **Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und -anbietern** und den Dialog aller Beteiligten stärken.
- Wir werden die Freihandelszone nutzen, um die Entstehung neuer kultureller Berufe zu begünstigen. Neue Wirtschaftszweige werden aufgebaut, neue kulturelle Kompetenzen gewonnen. Der **Kulturtourismus** wird verstärkt bei der touristische Vermarktung berücksichtigt.
- Wir werden die **Integrationskraft der Kultur** besser nutzen. Bildende Künstler, Schauspieler, Musiker, Tänzer und Autoren werden unterstützt, ihre Kunst in Altersheime, Kinderheime

oder Foyers hineinzutragen. Der interkulturelle Dialog wird durch gezielt inklusive Projekte gefördert. Er beginnt mit der baldigen Einberufung einer nationalen Diskussionsrunde.

- Wir werden das Verständnis der Kulturförderung vorantreiben. Der **Aufbau neuer Formen der Kulturvermittlung** wird in den Mittelpunkt gestellt. Den Bedürfnissen des ehrenamtlichen Engagements wird Rechnung getragen.
- Wir werden **Kunst und Kultur in den Schulalltag integrieren** sowie in die außerschulischen Strukturen (maisons relais). Das Gesetz über den Musikunterricht wird überarbeitet. Alle Kinder und Jugendliche sollen gleiche Chancen und Möglichkeiten erhalten. Staat und Gemeinden werden sich an der Finanzierung beteiligen.
- Wir werden die bestehenden **öffentlichen Bibliotheken unterstützen** und dieses Netz ausbauen. Außerdem werden Schul- und Sekundarschulbibliotheken in Zusammenarbeit mit der Nationalbibliothek verstärkt als öffentliche Bibliotheken fungieren.
- Wir werden der Wissensgesellschaft mit dem neuen Gebäude der **Nationalbibliothek** und den daraus folgenden Möglichkeiten einen entscheidenden Impuls geben. Der Bau der Nationalbibliothek wird weiterhin prioritär ausgeführt. Wir benötigen zudem ein neues Nationalarchiv auf Belval. Wissens-, Forschungs- und Informationsgesellschaft sowie Kultur werden hier zusammengeführt.
- Wir werden ein neues **Gesetz über das Archivwesen** vorlegen. Die Digitalisierung der Bestände und nationalen Sammlungen wird weitergeführt, ebenso der digitale „dépôt légal“. Nationalbibliothek, Nationalarchive und Nationales Audiovisuelles Zentrum werden die nationalen Kompetenzzentren in dieser Hinsicht sein.
- Wir werden das **Denkmalschutzgesetz überarbeiten**. Dem unnötigen Verbrauch grauer Energie wird Einhalt geboten. Das Zusammenspiel von „Aménagement communal“ und Denkmalpflege wird fortgesetzt. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Kulturerbe. Handwerk und Betriebe können hier neue Märkte und alte Berufe ausbauen.
- Wir werden unsere **historischen Dorfkerne erhalten**, um Kulturgut nicht unwiederbringlich zu zerstören. Denn wir wollen keine seelenlose und identitätslose Dorfzentren, die integrationsfern wirken. Wir wollen vielmehr Zusammenleben und Lebensqualität fördern.

6.5. Sport fir jiddereen

Neben dem Aufrechterhalten von Gesundheit und Wohlbefinden beinhaltet Sport wichtige soziale und erzieherische Komponenten. Sport führt zudem Menschen zusammen und dient somit auch dem interkulturellen Dialog. Für die CSV ist der Sport ein wichtiges Instrument im Dienste der sozialen Kohäsion.

- Wir werden die **Bedeutung des Sports**, der körperlichen Betätigung und der gesunden Ernährung in und außerhalb der Schulen besser verankern. So erhalten alle Kinder und Jugendliche aus minderbemittelten Familien die Möglichkeit, regelmäßig Sport zu treiben.

- Wir werden ein **Pilotprojekt eines Sport-Schulmodells** in die Wege leiten, dessen Schulprogramm täglich eine Stunde Sport und Bewegung vorsieht. Die Sportausbildung in der Grundschule wird überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Grundausbildung der Lehrer in Sachen Sport wird verbessert.
- Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportverbänden fördern. Die alters- und behindertengerechte Sportinfrastruktur wird ausgebaut. Der Zugang zu den bestehenden Sportinfrastrukturen wird erleichtert. Die **Sportinfrastruktur bleibt auf hohem Niveau**. Auf eine schnelle Verabschiedung des „dixième programme quinquennal d'équipement sportif“ drängen wir.
- Wir werden den **Elitesport unterstützen**. Die Schaffung eines Sportförderprogramms innerhalb der Universität wird ins Auge gefasst. Das „Sportlycée“ wird überprüft und gegebenenfalls angepasst.
- Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, **ausländische Verbände nach Luxemburg** zu ziehen, um ihren offiziellen Sitz bei uns einzurichten. Internationale Sportveranstaltungen in Luxemburg werden gefördert.
- Wir werden im Sinne einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Dopingmitteln ein voll umfängliches **Anti-Doping-Gesetz** ausarbeiten.

7. E Lëtzebuerg mat enger oppener Gesellschaft

7.1. Eng Identitéit am Wandel

Unsere Identität ist mit unserer Geschichte gewachsen. Wir können und wollen unsere Identität nicht auf den Augenblick festschreiben. Identität ist für die CSV vielschichtig. In der Europäischen Union, in der die grenzüberschreitende Mobilität zur Wirklichkeit geworden ist, werden nationale Identitäten immer mehr in einer europäischen Bürgerschaft zusammengeführt. Wir stehen nach wie vor zum Prinzip der mehrfachen Nationalität, wie wir sie 2008 eingeführt haben. Zu unserer Identität zählen wir aber auch die Weltoffenheit unseres Landes. Und vor allem seine europäische Einbindung sowie seine soziale Kohäsion, die es allen Mitbürgern ermöglicht hat, ungeachtet ihrer Herkunft, den sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen.

- Wir werden die ausgearbeitete **Reform des Nationalitätengesetzes umsetzen**. Die Residenzdauer wird von sieben auf prinzipiell fünf Jahre, in verschiedenen Fällen noch weiter verkürzt. Die Aufenthaltsdauern können kumuliert werden. Die Familiensituation wird besser berücksichtigt. Das Beherrschen der Luxemburger Sprache bleibt eine Voraussetzung für den Erwerb der Luxemburger Nationalität. Härtefälle werden jedoch vermieden.
- Wir werden die **Ausarbeitung des großen Luxemburger Wörterbuchs LOD.lu abschließen** und es regelmäßig anpassen. Die Erforschung und Vermittlung unserer Sprache und Kultur an der Universität Luxemburg und an anderen Orten wie dem „Centre National de Littérature“ wird verstärkt. Der „congé linguistique“ wird ausgebaut. Obwohl die Luxemburger Sprache kein ausschließliches Element der nationalen Identität ist, ist sie aber ein wesentliches Merkmal derselben. Deshalb wollen wir unsere Sprache und deren Erlernen in allen Bereichen der Gesellschaft weiter fördern.
- Wir werden damit auch den **interkulturellen Dialog weiter fördern**. Denn Identitäten schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich.

7.2. Lëtzebuerg brauch och Net-Lëtzebuerger

Der luxemburgische Arbeitsmarkt ist ohne Nicht-Luxemburger nicht funktionsfähig. Unser Land läuft die Gefahr, dass die einzelnen Berufs- und Bevölkerungsgruppen aneinander vorbei leben. Die CSV will hingegen die Chancen nutzen, die Luxemburg als Begegnungsort der Nationen hat. Dieser Bevölkerungsreichtum ist nicht nur ein wirtschaftlicher Standortfaktor, sondern auch eine Bereicherung für die Gesellschaft.

- Wir werden das **Wahlrecht auf nationaler Ebene den Luxemburgern vorbehalten**. Wir werden indes im Rahmen der Verfassungsreform den Zugang von Nicht-Luxemburgern zu verschiedenen Referenden ermöglichen.
- Wir werden innerhalb der EU aktiv für eine einheitliche Lösung werben, die allen EU-Bürgern die gleichen politischen Rechte in Europa einräumt. Wir wollen die politische Beteiligung der Nicht-Luxemburger aber auch durch einen **verstärkten Dialog** ermöglichen. Die Allianz des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 wird unterstützt. Mit ihrer luxemburgischen Basis werden wir Ende 2013 ein Aktionsprogramm ausarbeiten.
- Wir werden **Integration und Partizipationsmöglichkeiten ausländischer Mitbürgerinnen** sowie der Grenzgänger im Rahmen eines für alle Interessierten offen stehenden Forums auf nationaler bzw. regionaler Ebene behandeln. Der interkulturelle Dialog wird weiter gefördert. Nicht zuletzt über die Uni.lu und die Kultur. Auch die Forschung über Immigration, Grenzregion, Multikulturalität und Mehrsprachigkeit wird von uns gefördert.

7.3. Fir Mënscherechter, géint Diskriminéierungen

Die verschiedenen Formen des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts haben klar aufgezeigt, wie wichtig den nationalen Gesetzgebungen übergeordnete Menschenrechte sind, die auch vor supranationalen Gerichten eingeklagt werden können. Deshalb hat die CSV sich stets für die Inkraftsetzung der Charta der Grundrechte der EU eingesetzt, was mit dem Vertrag von Lissabon erfolgt ist. Deshalb ist es wichtig, auch in der Verfassung den Menschenrechten mehr Gewicht zuzuerkennen. Doch trotz einer verstärkten Rechtslage gibt es auch in unserem Rechtsstaat Diskriminierungen. Es genügt nicht sie unter Strafe zu stellen, sie müssen konsequent im Alltag getilgt werden. Vor allem müssen positive Aktionen Diskriminierungen durch Gleichstellungen ersetzen. Dies zählt nach wie vor für die Gleichstellung von Mann und Frau.

- Wir werden die **Durchsetzung der Menschenrechte zu einer Priorität** machen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Europäische Menschenrechtsgerichtshof befähigt wird, der aktuellen Überlastung Herr zu werden. Vor allem aber müssen seine Urteile befolgt werden. Wir werden der Grundrechtecharta in der EU Visibilität und Autorität verleihen. Die verschiedenen Institutionen, die sich mit Menschenrechten abgeben, werden in einer „Maison des Droits de l’Homme“ zusammengeführt.

- Wir werden im Vorfeld der politischen Entscheidungen die **Gesetzes- und Verordnungsvorlagen auf ihre Menschenrechts-Konformität überprüfen**. Aufbauend auf dem „Unesco Lehrstuhl“ für Menschenrechte auf der Uni.lu werden wir Forschung und Lehre in Menschenrechtsfragen verstärken.
- Wir werden **echte Diskriminierung und gefühlte Diskriminierung bekämpfen**. Wir werden die Antidiskriminierungs-Gesetzgebung effizienter gestalten. Im Rahmen der Ausbildung der Staats- und Gemeindebediensteten werden wir verstärkt praktische Kurse zur Bekämpfung von Diskriminierungen im Alltag anbieten. Strafrechtliche Bestimmungen zum „harcèlement sexuel“ werden ausgearbeitet. Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen werden verstärkt.
- Wir werden das **Cyber-Bullying**, unter dem vor allem Kinder und Jugendliche leiden, zu einem **Thema** machen, vorbeugende Maßnahmen treffen und gegebenenfalls gesetzliche Bestimmungen ausarbeiten. Wir werden die Sensibilisierung bezüglich aller sexuellen Orientierungen, weiterführen. Es wird sichergestellt, dass die Gesetzgebung den Bedürfnissen von Intersex- und Trans'-Personen angemessen Rechnung trägt.
- Wir werden nach Abschluss aufgrund der von der vorigen Regierung in Auftrag gegebenen Historikerarbeiten zur **Verfolgung der jüdischen Gemeinschaft im Zweiten Weltkrieg** die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Dieses düstere Kapitel muss aufgearbeitet werden.

7.4. Relioun e si wichtig

Für die CSV ist die öffentliche Ausübung der Religion ein wichtiges Element einer offenen und toleranten Gesellschaft, die sich gemeinsamen Werten verpflichtet sieht.

- Wir werden die **Religionsfreiheit und deren öffentliche Ausübung in der Verfassung verankern und garantieren**. Die Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften, den philosophischen Gemeinschaften und dem Staat werden zweistufig geregelt: Anerkennung und Konventionierung / Finanzierungsverträge.
- Wir werden die **Finanzierungsmodalitäten nach objektiven Kriterien** festlegen. Dazu zählen die Rolle der Religion oder Weltanschauung in der Gesellschaft, bestehende Verpflichtungen und Abmachungen sowie nicht zuletzt der Respekt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
- Wir werden die **Frage der Kirchenfabriken neu regeln**. Die Festlegung der territorialen Pfarreigrenzen obliegt den zuständigen religiösen Autoritäten. Deren Auswirkung auf die kommunalen Gebietskörperschaften setzt aber Abmachungen mit den betroffenen Gemeinden innerhalb eines nationalen Rahmens voraus. Wir treten dafür ein, dass die Kommunen sich weiterhin in einem angemessenen Rahmen am Erhalt der Kultstätten beteiligen. Auch die Finanzierung der Pfarrhäuser als Pfarr-Zentren wird in einer solidarischen Herangehensweise geregelt. Eine alleinige Belastung der Standortgemeinden wird so verhindert.

- Wir werden den Staat verpflichten, **jeder konventionierten Glaubensgemeinschaft den Erhalt einer Kultstätte** zuzusichern. Die Stadt Luxemburg wird ihren Verpflichtungen gegenüber der Kathedrale entbunden.
- Wir werden unter Berücksichtigung des geschichtlichen, kulturellen und sozialen Erbes und im Dialog zwischen den Kommunen, der betroffenen Bevölkerung und den zuständigen kirchlichen (nationalen wie lokalen) Instanzen, die **Nutzung der nicht mehr kultisch benutzten Kultstätten klären**. Die Kirchen und Kapellen in unserem Land stellen über das religiöse Erbe und Zeugnis hinaus auch ein soziales und kulturelles Gut dar, an denen die Identität unserer Dörfer, Städte und Gemeinschaften gewachsen ist. Wir sind uns aber bewusst, dass nicht mehr alle diese Kultstätten als solche benutzt werden können.
- Wir treten weiterhin **für einen Werteunterricht ein, der auch den religiösen Weltanschauungen Rechnung trägt**. Wir werden in der Grundschule, entsprechend dem deutlichen Wunsch der Mehrheit der Eltern, weiterhin konfessionellen Religionsunterricht parallel zum Werteunterricht anbieten. In der Sekundarschule wird der Werte- und Religionsunterricht in Zusammenarbeit, im Dialog und nach Verhandlungen mit den zuständigen Anbietern in einem gemeinsamen Werte- und Zivilisationsunterricht zusammengeführt.

8. E Lëtzebuerg mat Nohaltegkeet fir déi nächst Generatiounen

8.1. Séier a gutt plangen

Um eine harmonische Entwicklung unseres Landes zu gewährleisten, werden wir die Landesplanungspolitik in der Kontinuität effizient und kohärent weiter gestalten. Aufbauend auf dem neuen Landesplanungsgesetz, wird sie das Land fit für seine zukünftige Entwicklung machen. Hierbei spielt neben der Regionalentwicklung auch die grenzübergreifende Dimension für die CSV eine wesentliche Rolle.

- Wir werden unverzüglich die vier „Plans directeurs sectoriels primaires“ über **Transport, Wohnungsbau, wirtschaftliche Aktivitätszonen und Landschaften** in die Konsultierungsprozedur geben. Wir werden zudem einen nationalen Rahmen für die Arbeiten an einem neuen „Programme directeur“ betreffend die Städtepolitik, die Energieversorgung sowie den Klimawandel schaffen.
- Wir werden in funktional wichtigen Räumen durch eine nachhaltige und **regional abgestimmte Planung** dafür sorgen, dass diese Räume sich dynamisch entwickeln können. Gesetzlich gestärkte Konventionen zwischen Staat und Gemeinden werden erarbeitet. Die Arbeiten an einem neuen Lesegitter für die Zuteilung von finanziellen Unterstützungen an die Kommunalbehörden werden in die Praxis umgesetzt.
- Wir streben eine **Fusion der beiden bestehenden Naturparks im Norden** unseres Landes an. Der Naturpark „Müllerthal“ wird nach Durchlaufen der gesetzlich vorgesehenen Prozedur gegründet. Die Gründung eines Naturparks „Dreiländereck“ im Südosten Luxemburgs wird vorangetrieben. Das Naturpark-Gesetz wird überarbeitet, um die Beitrittsprozeduren zu vereinfachen.
- Wir werden die **Schaffung der Nordstad weiter zügig vorantreiben**. Bestehende Förderprogramme werden entsprechend regionaler Kriterien überarbeitet. Die Schaffung eines „Fonds régional“ ins Auge gefasst werden.

8.2. Plangen iwwer d'Grenzen eraus

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, Belgien und Deutschland ist wesentlicher Bestandteil unserer Europapolitik. Die Politik der Großregion muss einen Mehrwert für die Menschen diesseits und jenseits der Landesgrenzen bringen. Wir haben in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen erfolgreich eine gemeinsame strukturierte Politik in die Wege geleitet. Die Großregion prägt unser Land Luxemburg ist der wirtschaftliche und politische Motor dieses gemeinsamen Raumes.

- Wir werden verstärkt für die Idee **der Großregion werben**. Die bestehenden politischen Kontakte der Ministerien zu den Entscheidungsträgern in den Nachbarregionen werden weiter entwickelt. Das Interreg-Programm als wichtiges Instrument zur Verstärkung des wirtschaftlichen und sozialen Potenzials unserer Grenzregionen wird besser genutzt.
- Wir werden die **institutionelle Zusammenarbeit weiter verstärken** nachdem das EVTZ „Sekretariat des Gipfels der Großregion“ geschaffen wurde. Die bilaterale Zusammenarbeit wird durch gemeinsame Kabinettsitzungen mit den Partnerregionen gestützt.

8.3. Wunnen a Liewen

Wohnen ist mehr als ein Grundbedürfnis, es ist ein Menschenrecht. Im Sinne der sozialen Kohäsion wird die CSV den sozialen Mietwohnungsbau verstärkt entwickeln und dabei die Gemeinden einbinden. Wir werden durch gezielte Wohnbauförderung dafür sorgen, dass sich vor allem junge Familien der Traum der eigenen vier Wände erfüllen können. Luxemburg soll weiterhin über eine hohe Quote an Wohnungseigentümern verfügen. Denn diese ist der Garant für die soziale Kohäsion und bietet den besten Schutz vor Altersarmut. Unsere Politik wird sich nach den Belangen einer nachhaltigen Landes- und Siedlungsentwicklung richten. Weitere Leitideen sind die Bauökologie, die nachhaltige Energieversorgung sowie der sparsame Verbrauch aller anderen Ressourcen. Insbesondere Grund und Boden.

- Wir werden uns auch in Zukunft für eine **massive Aufstockung des Wohnraumes** einsetzen. Der soziale Mietwohnungsbau wird stärker entwickelt. Mit dem Ziel die Gesellschaft weiter zu stabilisieren und so der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken. Private Investitionen zur Aufstockung des Mietwohnungsparks und zur Sanierung, insbesondere der energetischen, des Mietwohnungsbestandes werden gefördert. Nicht zuletzt durch steuerpolitische Maßnahmen.
- Wir werden **verstärkt in das Angebot von Wohnungen investieren**. Die sektoriellen Pläne werden schnellstmöglich in die Prozedur gehen. Der Wohnbauplan mit seinen „projets d'envergure“ sieht die Schaffung von rund 17.000 Wohnungen auf über 500 Hektar vor. Durch die im neuen Wohngesetzentwurf vorgesehene „gestion locative sociale“ werden wir den Gemeinden bei Eigeninitiativen zur Mobilisierung von ungenutztem Wohnraum finanziell unter die Arme greifen.

- Wir werden einen Mietzuschuss für Geringverdiener gemäß dem vorliegenden Gesetzentwurf einführen. Zudem wird das Mietrecht reformiert. Aufbauend auf den Daten des „Observatoire de l’habitat“, soll ein **Mietkaster zur Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete als Grundlage der Mietpreisbildung** dienen. Der ungezügelt ansteigende Mietpreis muss gebremst werden.
- Wir werden die Gemeinden bei der Taxierung von leerstehenden Wohnungen und ungenutztem Bauland unterstützen. Generell werden Gemeinden ermutigt, aktiver auf dem Wohnungsmarkt zu werden. Insbesondere **jungen Familien werden bezahlbare Mietwohnungen** mit Vorkaufsrecht zur Verfügung gestellt.
- Wir werden die Funktion der beratenden Mietkommissionen in den Gemeinden auf nachhaltige Wohnungs- und Siedlungsentwicklung ausweiten. Das Aufgabenfeld der obligatorischen Mietkommission wird auf alle Wohnformen und -Verhältnisse ausgedehnt. So wollen wir dem **prekären Wohnen besser entgegenwirken**.
- Wir werden zusammen mit dem Syvicol ein **Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen** entwickeln. Neue Strukturen wie Wohnbaugenossenschaften werden entwickelt und staatlich gefördert. Denn sie haben sich im Ausland bewährt. Wir werden ferner im Hinblick auf den Bau geförderter Wohnungen – wie im eingebrachten Gesetzentwurf vorgesehen – privaten Bauträgern die gleiche Unterstützung gewähren wie den öffentlich-rechtlichen Bauträgern.
- Wir werden die **energetische Sanierungsoffensive entschlossen weiterführen**. Diese leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Sie bildet zudem einen wichtigen Schub zur Erhöhung der Wertschöpfung sowie zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt. Stichwort „green jobs“. Sie genießt deswegen nicht nur als wichtiger Baustein gegen die Energiearmut absolute Priorität. Deshalb sieht der neue Gesetzentwurf für einkommensschwache Haushalte u.a. den „prêt à taux zéro“ vor. Der Staat übernimmt dabei Garantie und Zinsen. Hinzu kommt eine Gratis-Energieberatung.
- Wir werden eine **nationale Siedlungs-Entwicklungsgesellschaft** schaffen. Diese wird die nachhaltige siedlungs- und wohnungspolitische Handlungsfähigkeit der kommunalen und nationalen Entscheidungsträger gestalten. Barrierefreie Siedlungsgebiete und Wohnungen werden gefördert. Menschen mit Behinderung können so ein autonomes Leben führen.
- Wir werden intelligente und altersgerechte Wohnprogramme entwickeln. Das **Zusammenleben der Generationen** ist uns wichtig. Wir werden zudem in Übergangswohnhäuser für obdachlose Menschen investieren. Speziell konzipierte Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten werden in Zielgruppenwohnhäusern bereitgestellt.
- Wir werden private Initiativen begünstigen, die das **solidarische Wohnen von internationalen Studenten bei Familien** oder älteren Menschen vorantreiben. Ferner wird ein System der Zertifizierung von Wohnungen und Siedlungsgebieten erstellt.

8.4. Sech sécher a séier beweegen

Transportpolitik gestalten, heißt Zugang zur Arbeit, zur Bildung, zur Kultur und zur Freizeitbeschäftigung schaffen. Deswegen ist Transportpolitik ein Eckpfeiler einer kohärenten, effizienten, wettbewerbsfähigen und modernen Gesellschaft. Die vorige Regierung hat eine ambitionöse Gesamtstrategie für eine nachhaltige Mobilität, erarbeitet. Die CSV steht zur Umsetzung dieser Planung. Diese beinhaltet den öffentlichen Transport, die sanfte Mobilität, das Straßennetz und vor allem die Inter- und Multimodalität, also das Umsteigen zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern. Wir werden diese Strategie im Einklang mit der budgetären und wirtschaftlichen Entwicklung umsetzen.

- Wir werden die großen Investitionsvorhaben in das **Schienennetz**, die Neugliederung des nationalen **Busnetzes** sowie den Bau der **Tram** in die Tat umsetzen. Die neue Zugstrecke Bettemburg-Luxemburg wird gebaut. Die Eisenbahnstrecke Luxemburg-Brüssel wird auf Luxemburger Seite modernisiert. Gleiches gilt für die Nordstrecke.
- Wir werden die Peripheriebahnhöfe Howald, Cents, Hollerich und „Arrêt pont Rouge“ bauen. **Ausbau und Optimierung des Park & Ride-Netzes** mit einer Verdopplung der Stellplätze werden vorangetrieben.
- Wir werden die **Qualität des Bussystems weiter verbessern** durch vorrangig auf Busse ausgerichtete Infrastrukturen. Das „Telematik“-Projekt wird umgesetzt. So verbessern wir die Sicherheit durch einen besseren Schutz gegen Gewalttaten.
- Wir werden das **primäre Straßennetz ausbauen**. So wird der öffentliche Personen-Nahverkehr effizienter. Das Parkraummanagement wird vor allem in städtischen Gemeinden eingeführt.
- Wir werden die **sanfte und alternative Mobilität fördern**. Das nationale Radwegnetz wird weiter ausgedehnt. Fußgängerwege werden verbessert. Alternative Mobilitätsangebote wie Carsharing oder Elektromobilität werden unterstützt.
- Wir werden den **Zugang zu den Kontrollstationen erleichtern** und vereinfachen. Die technische Kontrolle von Fahrzeugen wird durch eine neue Gesetzgebung optimiert. Bei Taxis werden wir eine Öffnung der Tarifstruktur veranlassen. Fahrzonen werden neugestaltet. Die Lizenzvergabe erfolgt zentral. Fahrer werden speziell ausgebildet.
- Wir werden die **Verkehrssicherheit weiter verbessern und Präventivmaßnahmen vor allem für Jugendliche** verstärken.
- Wir werden den **Schutz besonders gefährdeter Opfer** wie Kinder, behinderte und ältere Menschen u.a. durch eine Reform der Gesetzgebung über die zivile Verantwortung (in Anlehnung an die „loi Badinter“) verbessern.

- Wir werden die **Überarbeitung des Punktführerscheins** vorantreiben. Fixe Radarkontrollen werden an besonders gefährdeten Stellen angebracht. Gefahrenstellen werden durch regelmäßig ausgeführte Straßenaudits ermittelt.
- Wir werden, wo notwendig, das Straßennetz durch eine Verbreiterung der Fahrbahn, Ortsumfahrungen, gesicherte Kreuzungsbereiche oder aber verkehrsberuhigende Maßnahmen sicherer gestalten. Der **Bypass Hellange wird als Gefahrenpunkt beseitigt**. Die Saarautobahn ist dann durchgängig vierspurig befahrbar.
- Wir erdulden die Fatalität der Gewalt nicht. Wir werden die Sicherheit im Öffentlichen Transport, sowohl in den Zügen als auch in den Bussen, weiterhin kontinuierlich verbessern. An **neuralgischen Punkten** des öffentlichen Verkehrsnetzes werden wir für **mehr Polizeipräsenz** sorgen. Die Zusammenarbeit von Polizei und den Akteuren des öffentlichen Transports wird verbessert. Es wird mehr Überwachungskameras und Notrufsäulen geben.
- Wir werden Angebote zur zusätzlichen Schulungen im Bereich Konfliktbewältigung für sämtliche Beschäftigten des Sektors fördern. Die **Datenbank „Wachoffice“**, die sämtliche Übergriffe gegen Personal und Kunden registriert, wird **auf den gesamten öffentlichen Transport ausgeweitet**. Den Beschäftigten des Öffentlichen Transports, die im direkten Kontakt mit dem Kunden sind, wird ein „agrément“ erteilt.
- Wir werden die **Anzahl der „contrôleurs de route“ heraufsetzen** und dafür Sorge tragen, dass die nötigen Einstellungen getätigt werden. Eine Plattform wird weiterhin eingesetzt, in der sämtliche Akteure des öffentlichen Transports vertreten sind. So entstehen Verbesserungsmaßnahmen für mehr Sicherheit vor Ort.

8.5. Nachhaltig plangen, eis Æmwelt schützen

Die Entwicklung unseres Landes muss nachhaltig gestaltet werden. Die CSV will den kommenden Generationen die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft übergeben. Dies setzt ein Umdenken in vielen Bereichen voraus. Umweltschutz muss zur echten Querschnittsaufgabe werden. Hier sollen alle Ministerien und Verwaltungen ihren Beitrag leisten.

- Wir werden die **Umweltverwaltung umgestalten**. Damit sie einer voraushandelnden und auf Ausgleich bedachten Umweltpolitik besser dienen kann. Ein nationaler Umweltbericht wird im Rhythmus von zwei Jahren einen umfassenden Überblick zur Umweltschutzarbeit liefern.
- Wir werden den **Staat als Verbraucher zum Innovationstreiber** beim Einkauf energiesparender, langlebiger, abfallvermeidender und umweltverträglicher Produkte machen. Ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen sollen so auf dem Luxemburger Markt gefördert werden.

- Wir werden die **verwaltungstechnischen Prozeduren** vereinfachen. So wie sie der vorliegende Gesetzesentwurf zum Naturschutz vorsieht. Synergien werden bei Wasserwirtschaft und Umweltschutz verstärkt genutzt. Grüne Infrastrukturen sollen sich als natürliches Instrument zur Erwirtschaftung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nutzen bewähren.
- Wir werden den sektoriellen Plan „Landschaften“ umgehend rechtskräftig umsetzen. Die hier vorgesehene „zone agricole protégée“ wird dazu beitragen, dass die landwirtschaftlich wertvollsten Böden weiterhin für die Produktion von Nahrungsmitteln genutzt werden können. Eine **hohe Biodiversität auf der gesamten Landesfläche** ist die Grundlage für die Lebensqualität der zukünftigen Generationen. Es ist unsere Aufgabe, diese zu erhalten und zu fördern. Wir müssen sparsamer mit dem Boden umgehen, und dafür sorgen, dass die Nutzung der un bebauten Flächen, deren ökologischen Wert garantiert.
- Wir werden ein **spezielles Förderprogramm ab 2014** im Rahmen der landwirtschaftlichen Beihilfen für Natura-2000-Gebiete erstellen. Die Arten- und Habitatschutzprogramme werden konsequent weitergeführt. Der flächendeckende Ausbau der biologischen Stationen und damit kommunale Naturschutz wird partnerschaftlich mit allen Akteuren gestärkt.
- Wir werden, wie im vorliegenden Entwurf zur Novellierung des Naturschutzgesetzes vorgesehen, einen **öffentlichen Flächenpool mit Ökokonto** einführen. So können schädliche Eingriffe in den Naturhaushalt besser kompensiert werden. Ferner wird ein modernes Waldgesetz erstellt. Dieses wird den vielfältigen Leistungen des Waldes Rechnung tragen. Es sieht eine naturnahe Bewirtschaftung der Wälder mit Schwerpunkt Biodiversität vor. Diese Ziele werden auch im Privatwald finanziell gefördert.
- Wir werden die **Jagd im Sinne der Allgemeinheit** fördern. Sie stellt im neuen Jagdgesetz ein Instrument des ökologischen Wildmanagements dar. Wildpopulationen werden so nachhaltig gesichert. Mit dem Ziel, die biologische Vielfalt zu erhalten sowie Schäden in Wald und Flur möglichst zu verhindern.

8.6. Méi Klimaschutz duerch besser Energiepolitik

Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen sind die beiden wichtigsten Grundpfeiler einer erfolgreichen, langfristig angelegten Klimaschutzpolitik. Die CSV wird, im Konsens mit allen Partnern, eine Energiestrategie definieren.

- Wir werden als Industriestaat unsere Energiepolitik neu orientieren. Nur so erreichen wir das Klimaschutzziel einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent. Dies erfordert ein **Umdenken** über die Art und Weise wie wir leben. Es eröffnet aber auch neue wirtschaftliche Chancen und trägt zur Absicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem in Kleinen und Mittleren Unternehmen bei.
- Wir werden diese Chancen nutzen. Etwa durch den weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien** wie Wind, Wasser, Solar, Erdwärme, nachwachsende Rohstoffe im Sinne einer nachhaltigen Energiestrategie. Ferner soll die Energieeffizienz erhöht werden.

- Wir werden energetische Maßnahmen in der Altbausanierung zur **Bekämpfung der Energiearmut** weiter fördern. Das Verteilernetz wird durch eine intelligente Stromversorgung mittels „smart grids“ verbessert.
- Wir werden die **rationelle Nutzung von Energie** in allen Wirtschaftssparten fördern. In Sachen Elektromobilität stellen wir im Rahmen eines Projektes des Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsministeriums ein nationales Netz von rund 800 Ladestationen bis zum Jahr 2020 zur Verfügung.
- Wir werden mit einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik unsern Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dazu zählt die Umsetzung des zweiten nationalen **Aktionsplanes Klimaschutz**.
- Wir werden die EU-Ziele zur Verringerung der Treibhausgase gemäß der UN-Vorgabe ansteuern. Wir streben eine **Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad Celsius** gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung an.
- Wir werden auch in Zukunft **Nuklearenergie resolut ablehnen**. Wir fordern die endgültige Schließung aller Atomkraftwerke.

